

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus celle

Nr. 50

Sept./Okt. 2010



Transition Town – Celle als Energiewendestadt?

Castor: Spazierender Sicherheitscheck

Celler Trialog – endgültig versenkt?

Wietze & die Bauplatzbesetzung

Die Bundeswehr an der Heimatfront

INHALT

Die Suche nach dem Neuen	
Energiewendestadt Celle – jetzt!	3
Interview mit Rob Hopkins	
Klimakrise und Transition Towns	4
Interview mit Ulrich Kaiser (Stadt Celle)	
Bürgerbeteiligung ist ein Muss	6
Rezension: Das Energiewendehandbuch	7
Laternengespräche	
„Und wenn man uns den Strom abdreht?“	8
Meldungen aus Stadt und Landkreis	10
Anti-AKW-Bewegung	
Blockade gegen weitere Erkundung	13
Heißer Herbst gegen Laufzeit und Castor	14
Absage des diesjährigen Trialogs	
Erfolg für Antimilitarismus!?	15
Der Kampf um „hearts & minds“	
Die Bundeswehr an der Heimatfront	17
Spendenprojekte des Weltladens (3)	
Aprosas – Solidarität mit den Mayas	20
„Nicht Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“	
Versammlungsgesetz kippen!	21
Proteste gegen Sonnenwendfeier	
Na(ht)zihof in Eschede ausmisten!	22
Geflügelschlachthof Wietze	
Proteste und Probleme	23
Durchgefallen wg. falscher Frage	24
Bauplatzbesetzung – Go Vegan	25
Politischer Gemischtwarenladen	26
Rezension: Zwischen den Stühlen	28
Interview mit Stereopaul	
Beat-Boxes und Soul-Fever	29
Termine in Kino, Kultur & Politik	30

H
A
L
L
O



Freibier für alle macht beliebt, aber dann fährt der Karren vor die Wand.

Guido Westerwelle

Wer den Karren vor die Wand fährt, ist ausgemacht. Dazu gehört in jedem Fall die Bundesregierung und ihr Vizekanzler Guido Westerwelle: Milliarden für die Banken und Kürzungen bei den Ärmsten. Laufzeitverlängerung für AKW statt Energiewende. Rohstoffkriege statt globaler Ausgleich.

Thomas Gebauer (*medico international*) hat das so kommentiert: „Wer noch immer behauptet, zur Militarisierung von Außenpolitik und zu all den Sparpaketen, die der immer größer werdenden Zahl von Ärmsten und Armen, ob in Afrika, Griechenland und nun erneut in Deutschland aufgenötigt werden, gebe es keine Alternative, setzt nicht auf Aufklärung, sondern auf Irreführung. Es sind Interessen, die in solchen Vorschlägen zum Ausdruck kommen. Interessen, die nicht die Interessen derjenigen sind, die auf sozialen Ausgleich und die Verwirklichung globaler sozialer Rechte drängen.“

Das Titelbild ist aus dem animierten Kurzfilm Wake Up, Freak Out – and then Get a Grip, der das Weltklima gefährlich nahe an einem sogenannten "tipping point" sieht, einem Kippunkt, nach dem wirklich katastrophale Folgen unvermeidbar sind. Er ist zu finden unter www.cinerebelde.org

Eure revista

Wir bedanken uns für die Glückwünsche und Spenden zum Jubiläum und freuen und insbesondere über das „Geschenk“ einer neuen website, siehe <http://www.revista-online.info/>

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, c/o Buntes Haus, PF 1329, 29203 Celle
 V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
 erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
 kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
 Konto: SKI e.V., Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer: 108099698

Energiewendestadt Celle - jetzt!

Selten war mehr Krise. Und während sich die herrschenden Klassen um die Rettung des Kapitalismus und ihrer Profite mühen, verschwindet die Klimakrise von der Agenda der Regierungen. Kopenhagen war ein Desaster, und was von deutschen Musterschüler_innen zu erwarten ist, zeigt deutlich der Düsseldorfer Koalitionsvertrag: Während die Bundesregierung die CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 reduzieren will (was ihr niemand mehr glaubt), begnügt sich die rot-grüne Minderheitsregierung in NRW mit 25 Prozent. RWE scheint mit am Verhandlungstisch gesessen zu haben.

Wir müssen es also mal wieder selber machen. Ein ermutigendes Beispiel schwappt gerade von der Insel rüber auf den Kontinent: das Transition Towns Movement. Von Kiel über Bielefeld, Hannover und Göttingen, Freiburg und München sind zuletzt etliche Transition Town Initiativen in Deutschland entstanden.

Was sie eint, ist die Bezugnahme auf das von Rob Hopkins entwickelte Konzept der Energiewendestadt. Als Dozent für ökologisches Bauen und Permakultur rief er 2006 in der britischen Gemeinde Totnes die erste Transition Town Initiative ins Leben. Ihm ging es darum, in diesem Mikrokosmos den Übergang in eine post-fossile und re-lokalisierte Wirtschaft zu erforschen und zu beginnen: Wie lassen sich gesellschaftliche Systeme so effizient und energiesparend organisieren wie Ökosysteme? Welche Voraussetzungen zu bedenken sind und welche Erfahrungen die Beteiligten machen, hat Hopkins in dem „Energiewendehandbuch“ beschrieben. (Ein Interview mit ihm auf den folgenden Seiten, eine Besprechung des „Energiewendehandbuch“ auf Seite 7.) Doch der Begriff „Energiewende“ greift zu kurz. Im Kern geht es um eine Änderung des „Lebensalltags“, der in den industrialisierten Ländern ohne Öl kaum vorstellbar ist. Aber mit „Peak-Oil“, also dem globalen Fördermaximum der stofflichen Grundlage des kapitalistischen Entwicklungsmodells, ist ein weiterer Wendepunkt schon – oder in wenigen Jahren – erreicht. Dass und wie dies die kapitalistische Krise verschärft, ist vorstellbar.

Deshalb ist „Transition Town“ eng verbunden mit einer Kritik am Wachstumsfetischismus, also der ideologischen Basis „unseres“ Wirtschaftens. Nun mag die Aufforderung „consum less“ (weniger konsumieren), angesichts der zunehmenden Armut auch in den Metropolen sarkastisch klingen. Es wäre also darauf zu achten, dass eine derartige Losung nicht die „Kürzungsorgien“ der Regierungen stützt, sondern das Leben als „Plastic People“ (Frank Zappa) ins Visier nimmt.

Das Ganze mutet ziemlich hippiesk und weltabge-

wandt an. Und in der Tat sind internationale und nationale Politik nicht unbedingt Adressaten der Transition Town Bewegung. Im Zentrum steht das gesellschaftliche Experiment vor Ort und im Rahmen der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung. Und auch die Eigentumsordnung wird eher subversiv thematisiert: durch die Orientierung eigener Projekte am Genossenschaftswesen und der Stärkung kommunaler Versorgungsbetriebe. Wer aber meint, es handle sich um eine rückwärtsgewandte und kulturpessimistische Spielwiese, irrt. Selbstverständlich fühlen sich auch agrarromantische Charaktere davon angezogen; aber es geht nicht um ein Zurück in Zeiten vor dem Öl, sondern um Gesellschaftsmodelle für die Zeit nach dem Öl. Ihr zentrales Merkmal wird die Dezentralität sein und damit ein Problem realsozialistischer Modelle aufheben. Deshalb sollte diese Bewegung auch für eine anti-autoritäre Linke von Interesse sein.

Der Celler Rosa Luxemburg Club hat kurz vor Erscheinen dieser Ausgabe eine Informationsveranstaltung zum Thema „Transition Town“ mit dem hannoverschen Sozialwissenschaftler Thomas Köhler durchgeführt. Vielleicht also gibt es, wenn Ihr diesen Artikel lest, schon eine Celler Initiative. Ob dem so ist, könnt Ihr in einem Blog erfahren, den wir zu diesem Zweck eingerichtet haben: www.tccelle.overblog.de

Mehr Infos unter: <http://www.peak-oil.com/> und <http://energiewende.wordpress.com/>



Vielleicht geht bald wieder ein Gespenst um in Europa, das Gespenst einer notwendigen und möglichen Transformation der Gesellschaft. Das „alte Gespenst“ des Kommunismus ist für die Mehrheit der Bevölkerungen in Europa aktuell keine glaubwürdige Alternative, die die Risiken eines revolutionären Systembruchs rechtfertigen könnte. Die Perspektive einer sozialen Emanzipation der Menschheit, die sich verbindet mit der Bewusstwerdung begrenzter Ressourcen und den prekär gewordenen ökologischen Überlebensbedingungen, aber steht auf der Tagesordnung. Die Suche nach dem Neuen kann erneut beginnen. Dabei geht es um die Anfänge von Transformation, die Ausgestaltung des Übergangs.

Klimakrise und Transition-Town

Der Gedanke ist einfach: Eine lokale Wirtschaft ist nachhaltiger, umweltfreundlicher und zudem widerstandsfähiger gegenüber ökonomischen Außenschocks. Die Transition-Town-Bewegung hat sich diesem Prinzip verschrieben und betreibt eine Art Klimaschutz von unten. Sie will die Bürger_innen animieren, die Umgestaltung ihrer Kommunen selbst in die Hand zu nehmen, um auf das Ende des Ölzeitalters und den Klimawandel zu reagieren. Statt von Konzernen dominiert zu werden, sollen die Städte wieder in die Lage versetzt werden, ihre Lebensmittel, Energie oder Baumaterialien regional und selbständig zu produzieren.

„Kontext – die anderen Nachrichten“, das Projekt eines unabhängigen webbasierten Nachrichtenmagazins, führte in einer Sendung vom Dezember 2009 ein Interview mit dem Gründer der Transition-Town-Bewegung, Rob Hopkins (siehe Foto). Das Interview ist übersetzt und transkribiert. Mit freundlicher Genehmigung der Redaktion veröffentlichen wir hier die Kernpassagen.

David Goetzmann: *Rob Hopkins, schön Sie in unserer Sendung zu haben. Vielleicht erzählen Sie uns einmal was Transition Towns eigentlich sind und was sie zu tun haben mit der Ölverknappung, dem sogenannten Peak Oil, und dem Klimawandel.*

Rob Hopkins: Die Transition Bewegung basiert auf der Idee, dass man Leute nicht dazu bringt, sich angesichts von Peak Oil und Klimawandel zu engagieren,



indem man sie in Panik versetzt oder mutlos macht. Ihnen ein Flugblatt mit schrecklichen Sachen darauf in die Hand drückt und dann erwartet, sie würden aktiv werden. Vielleicht aber lässt sich etwas bewegen, wenn wir uns den Optimismus zu nutze machen. Das könnte dann dazu führen, die Dinge komplett neu zu sehen.

Anstatt also auf den Klimawandel und die rasante Ölverknappung als eine Katastrophe und ein Desaster zu schauen, können wir diese Phänomene als Chance sehen, unsere Lebenseinstellungen zu überdenken. Schaut man nur auf Peak Oil, als das absehbare Ende der Ölressourcen, dann resultiert daraus die Suche nach neuen flüssigen Energieträgern. Schaut man nur auf Klimawandel, dann konzentriert man sich schlicht auf technische und ökonomische Lösungen usw. Bringt man beide Dinge zusammen, dann entsteht eine gemeinsame Mitte. Und dort geht es dann um etwas Neues, das zu planen und zu organisieren wäre, nämlich die ökonomische Schrumpfung und Regionalisierung, den Wiederaufbau unserer lokalen Märkte. So könnten wir einen großen Teil unserer Bedürfnisse stärker lokal befrieden, natürlich nicht alle, aber sehr viele. Damit wird unsere Wirtschaft widerstandsfähiger und flexibler. Auf der einen Seite werden wir ökonomisch zulegen müssen, um eine Infrastruktur für erneuerbare Energien aufzubauen, auf der andern Seite müssen wir unseren Energieverbrauch runterfahren. Wir argumentieren, dass im aktuellen ökonomischen Kontext der Ansatz, lokale Wirtschaftsformen wieder aufzubauen und den Nahrungsmittelbedarf und Baumaterialien vor Ort zu organisieren, weit mehr geeignet ist, die lokalen Märkte zu stimulieren, als wenn weiter gemacht wird wie vor der Krise.

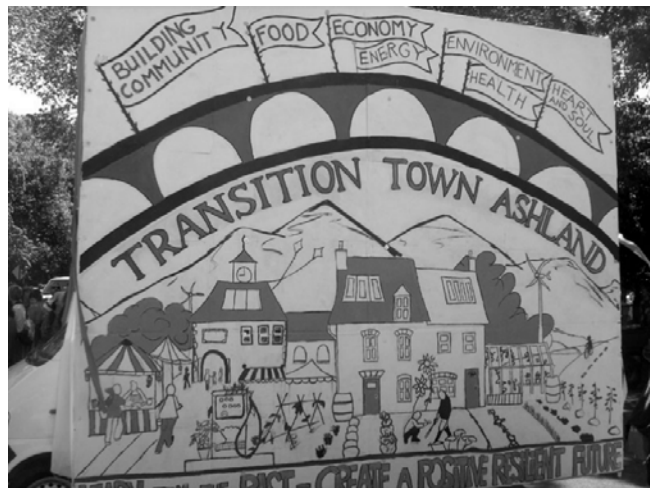
Fabian Scheidler: *Wie funktionieren Transition Towns? Was wird dort getan, um nachhaltig zu leben? Was passiert zum Beispiel in der Stadt Totnes, wo alles begann?*

Rob Hopkins: Transition funktioniert nicht als fertiger Instrumentenkasten. Es ist ein Katalysator, ein Beschleuniger. Er soll Leute in einen Prozess mitnehmen, der sich als historisch, gemeinschaftlich und selbstorganisierend empfindet und offen ist für ein breites Spektrum der Bevölkerung. Es hat also weniger zu tun mit dieser klassischen Aktivistin-Kultur, die manche Menschen abschreckt. Der Prozess hat gerade begonnen und soll erst einmal Aufmerksamkeit erzeugen, er ist erfindend, macht Spaß und ist positiv ausgerichtet. Von da aus starten die Gemeinschaften und Kommunen konkrete Projekte und Ideen. Diese Projekte können sich mit Energie beschäftigen, mit lokalen Wirtschaftsformen mit Bezug auf Nahrungsmittel oder neuen Geldwährungen usw. Es gibt sehr viele Dinge, die stattfinden und Transition ist von Ort zu Ort unterschiedlich. In Totnes, einer kleinen Stadt hier in England, sind schon eine Reihe von Projekten gestartet. Wir haben eine Regionalwährung, die unsere lokale Wirtschaft belebt, wir errichten ein von uns, den Bürgern, selbst gegründetes und betriebenes Energieunternehmen, wir sind dabei Land zu erwerben, um darauf Gemüse und Obst anzu-

bauen und wir zeigen den Leuten, wie das geht. Wir haben außerdem ein nachhaltiges Bauunternehmen gegründet, wir wollen mitten in der Stadt ein Grundstück erwerben, um daraus ein Gründerzentrum für klimafreundliche Innovationen zu machen. Ein zentrales Projekt ist der von uns so genannte "Energiesparplan", ein Plan B, ein Niedrigkohlenstoff-Plan für die Stadt, um auf den Klimawandel zu reagieren und unseren Ölverbrauch zu reduzieren. Dieser Plan ist so gut wie fertig. Also es handelt sich um einen die ganze Kommune erfassenden Prozess, in dem es um Brainstorming, Fantasieren, Ideenaustausch geht, der in praktischen Anwendungen mündet.

David Goeßmann: *Erklären Sie uns einmal den Begriff Resilienz, ein zentraler Begriff für die Transition Bewegung. Warum ist es so wichtig, resilient zu werden?*

Resilienz bezieht sich auf die Fähigkeit eines Systems, sei es nun ein Individuum oder eine Gemeinschaft, Schocks von außen zu widerstehen. Also wenn ein resilientes System unter Schock gerät, fällt es nicht gleich zusammen in Einzelteile. Ein Beispiel: Im Jahr 2000 streikten hier in England unsere LKW-Fahrer. Über mehrere Tage fuhr keine LKWs. Schnell wurde klar, dass dieses Land unmittelbar vor einer gravierenden Nahrungsmittel-Krise stand. Die örtlichen Nahrungsmittelstrukturen, die Verbindungen zwischen den Siedlungen und Ortschaften und den Bauernhöfen der Umgebung waren in weiten Teilen zerstört, nur wenige Menschen bauen selber an, lagern noch Obst und Gemüse. Die Fähigkeit von Siedlungen und Ortschaften, Schocks auszuhalten, ist weit geringer als in der Vergangenheit. Die Menschen betreiben keine Gärten, es gibt keine lokale Nahrungsmittelversorgung mehr. Das Zeitalter von billigem Öl hat es uns erlaubt, solche Dinge als altmodisch abzutun. Wir haben sie schlicht in den Mülleimer der Geschichte geworfen. Resilienz bedeutet also, unsere Siedlungen flexibler, baukastenähnlich aufzubauen, angepasst an ihre spezifischen Bedürfnisse. Die Orte sind natürlich weiter untereinander verbunden, aber nicht in einer absoluten gegenseitigen Abhängigkeit voneinander. Wir denken, dass die Idee der Resilienz vielleicht das wichtigste Element von Nachhaltigkeit ist. Denn mit Blick auf Kohlenstoff kann man die CO₂-Emissionen einer Stadt halbieren, aber in keiner Weise seine Widerstandsfähigkeit erhöhen und seine Fähigkeit stärken, Außenschocks zu widerstehen. Daher sagen wir, dass der Aufbau von Resilienz die gleiche Stellung erhalten sollte wie die Reduktion von Kohlenstoff. Insbesondere im Hinblick auf Peak Oil. Wir sehen, dass der Gedanke der Widerstandsfähigkeit immer stärker ins öffentliche Bewusstsein kommt. Oft geht es dann aber nur darum, wie sich eine Stadt nach einem Schock wieder in den alten Zustand bringen kann. Wir verstehen unter Resilienz aber, den Schock zu benutzen, um eine soziale Lebensform aufzubauen, die wesentlich stärker, anpassungsfähiger ist als die alte.



Fabian Scheidler: *Viele Menschen glauben, dass großtechnische Lösungen - wie z.B. die Kohlenstoffabscheidung - uns vor einem Klimadesaster bewahren werden. Was ist ihre Meinung dazu?*

Rob Hopkins: Wir haben zu spät mit diesen Dingen begonnen. Manche Menschen denken, dass wir in zehn Jahren eine magische Technologie entwickelt haben werden, die alle Probleme löst, so dass wir nichts tun müssen. Jemand erfindet kalte Kernfusion oder entdeckt eine unglaubliche Energiequelle. Ich denke, wir kommen nicht um die Schlussfolgerung herum, dass der derzeitige Energieverbrauch nicht durch alternative Energieträger befriedigt werden kann, wiewohl diese alternativen Energien uns trotzdem unterstützen können, ein glückliches Leben zu führen. Das billige Öl hat uns erlaubt, eine enorme Anzahl von Dingen zu tun. Aber es hat uns zugleich unglaublich verschwenderisch und ineffizient gemacht. In Großbritannien schmeißen wir die Hälfte der Nahrungsmittel weg, die wir anbauen. Und die Menge an Energie, die wir verschwenden, ist einfach scheußlich. Ich denke nicht, dass es eine magische technologische Lösung insbesondere in diesem derzeitigen ökonomischen Klima gibt. Auch wenn es so etwas gäbe, ist es sehr fraglich, wie wir uns das leisten könnten. Wir sollten die Technologien, die wir ja haben, so schnell wie möglich anwenden und zugleich deutlich mit dem Verbrauch runter gehen. Technologie hat seinen Platz, aber Technologie muss angemessen sein, sie muss verstanden werden von den Menschen in den Kommunen, die sie nutzen, und sie sollte einfach zu produzieren sein.

David Goeßmann: *Das war Rob Hopkins, Gründer der Transition Town Bewegung.*

Quelle: <http://www.kontext-tv.de/>

Mehr zu Totnes in einem Artikel der Geo Nr. 05/2010; siehe: Hanne Tügel, Transition Town: Testfall Totnes, <http://www.geo.de/GEO/kultur/gesellschaft/63941.html>

Und ein arte-Bericht „Die Transition Towns - Bewegung - Städte und Menschen im Wandel“ unter <http://www.youtube.com/watch?v=DIduRLsXtU0>

Anleitung zum lokalen Wandel

„Ein kluger und praktischer Leitfaden, der uns ermutigt, globales Denken und lokales Handeln miteinander zu verbinden“, so die englische Zeitung The Guardian. In seinem Buch „Energiewende“ konfrontiert Rob Hopkins seine Leser_innen zunächst mit zwei banalen Weisheiten: Der Klimawandel schreitet rasch voran und die Ölvorräte gehen zur Neige. Die Konsequenz: Schon jetzt sollten wir unsere Lebensweise umstellen vom Laubgebläse zum Besen, vom Supermarkt zum lokalen Markt, vom Auto zum Fahrrad.

Der Klimawandel war lange ein Tabu-Thema. Bis heute scheint die Tatsache, dass uns das Öl ausgehen wird, ein noch größeres Tabu-Thema geblieben zu sein. Was tun? Selbst die arabischen Staaten, denen die größten Erdölvorkommen der Welt gehören, machen sich Gedanken über die Zeit nach dem Öl. Das Klima hat sich in den letzten 100 Jahren um knapp 1 Grad Celsius erwärmt, u.a. mit dem Ergebnis, dass das Eis des Nordpols, des Nordpolarmeeres, in den letzten 15 Jahren um 30 % zurückgegangen ist. Eigentlich müssten wir bis 2050 die Emissionen an Kohlendioxid und Methan um 90 % zurückfahren, um den Klimawandel aufzuhalten.

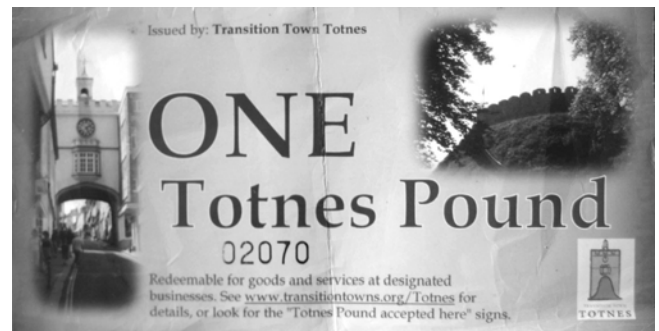
Das Maximum der weltweiten Ölförderung (der sogenannte Peak Oil) wird in den nächsten Jahren erreicht sein. Viele Wissenschaftler taxieren ihn auf den Zeitraum von 2010 bis 2015, so auch der sogenannte Hirsch-Report der USA-Regierung. Die Nachfrage nach billigen Öl kann schon heute nur durch riskanteste Bohrungen befriedigt werden: im Golf von Mexiko gibt es allein 4000 (!) Tiefseebohrungen mit kaum kalkulierbarem Risiko. Selbst dieser Wahnsinn in Alberta, Kanada, wo mit hohem Energieaufwand aus Ölsand Öl gewonnen wird, wird einem als tolle Ölreserve verkauft.

Öl ist das Schmiermittel der Globalisierung. Jede Plastiktüte, jede Folie, jeder Fernseher, der weltweite Transport, jede Pille, jeder Lichtschalter usw. - alles besteht aus oder beruht auf billigem Öl. Klimawandel und Peak Oil werden die Welt, in der wir leben, in den nächsten Jahrzehnten radikal verändern. Müssen wir deshalb hilf- und tatenlos zusehen, fragt Hopkins. „Nein“, sagt er, „Wir können eine Menge tun und zwar heute, um uns auf eine Zukunft vorzubereiten, wo es das billige Öl nicht mehr gibt und wir die Natur schützen.“

In seinem Buch erklärt Rob Hopkins (Jg. 1970) das Konzept der Energiewende und zeigt, wie man damit anfängt, es praktisch umzusetzen. Weitgehende Selbstversorgung der Bürger_innen mit Energie, Wohnung und Nahrungsmittel; Passivhäuser und Schrebergärten, Öffentlicher Nahverkehr und Fahrrad, lokale Märkte und ökologisch/biologische Landwirtschaft, lokale Wirtschaft und lokaler Handel, lokale Arbeitsplätze und kei-

ne Bürgerinitiative ohne Party, das sind einige der Kernpunkte von Rob Hopkins. Und die Menschen müssen lernen, miteinander zu leben und zu handeln und nicht gegeneinander; sie brauchen praktische Fertigkeiten und jede Menge Kreativität.

2006 startete in der englischen Kleinstadt Totnes (8500 Einwohner) die erste „Transition-Town“, die erste „Energiewende-Stadt“ mit starker Unterstützung von Rob Hopkins. 2008 waren es in Irland und Großbritannien bereits 35 „Transitions-Towns“ oder zumindest Energiewende-Initiativen. Nach Wikipedia gab es im Juni 2010 bereits 301 Gemeinde und Städte mit entsprechenden Initiativen oder offiziellen Transition-Towns Erklärungen; etliche davon in den USA und Australien, 7 Initiativen auch in Deutschland.



Rob Hopkins *Energiewende – Handbuch* ist keine beserwisserische Öko-Fibel. Er malt keine Horror-Szenarien, sagt aber klar, dass die Welt nicht so weiter machen kann wie bisher - und es ist gut zu lesen. Er ist ein Anhänger des praktischen Tuns, und Ökologie muss aus seiner Sicht Spaß machen. Ein Buch für Leute, die den Kopf nicht in den Sand stecken wollen.

Kritische Anmerkung: In Rob Hopkins' Buch taucht das Wort Kapitalismus nicht auf. Die kapitalistische Wirtschaft mit ihrer Jagd nach dem Profit ohne Rücksicht auf Mensch und Natur – wenn, dann erzwungen – wird nicht benannt. Auch in biologischen Gärtnereien oder beim Bau von Windkraftanlagen kann es miserable Bezahlung geben. Wie kann sich lokale Wirtschaft gegenüber großen Konzernen entwickeln? Wie behandelt man das „Problem“, dass Regierungen Hunderte von Milliarden an Euros für imperiale Kriege und die Finanzindustrie, die Banken, ausgeben? Gesellschaftliche Ressourcen, die bei der notwendigen Energiewende, bei der notwendigen wissenschaftlichen Forschung usw. dadurch fehlen. Viele Fragen, auf die Rob Hopkins nicht eingeht, vielleicht auch nicht eingehen will. Mir scheint, man muss das eine machen und das andere nicht lassen.

Rob Hopkins, *Energiewende – Das Handbuch*. Anleitung für zukunftsfähige Lebensweisen, Zweitausendeins Verlag 2008, 236 Seiten, 33 Euro

Interview mit Ulrich Kaiser, Projektgruppe Klimaschutz der Stadt

Offener Prozess und breiter Dialog

Im Juni hat die Stadt Celle die Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes bis zum Sommer 2011 auf den Weg gebracht. Vorgesehen ist dabei die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Diesen Vorschlag hatte im Vorfeld die CDU-Ratsfraktion gemacht. Die Verwaltung hat diese Anregung aufgenommen. Wie sprachen mit Ulrich Kaiser, der die Geschäftsführung zuständigen Projektgruppe der Stadtverwaltung inne hat.

?: Welche Intention ist mit der Beteiligung von Bürger_innen verbunden? Soll die Einbindung über die klassische Beteiligung von Naturschutzverbänden hinausgehen?

!: Mit dem partizipativen Ansatz sollen möglichst viele Akteure aus allen gesellschaftlichen Bereichen aktiv in den Prozess eingebunden und das Konzept und die daraus resultierenden Handlungsvorschläge gemeinsam entwickelt und ausgestaltet werden. Ziel ist einerseits die Entwicklung konkreter Klimaschutzmaßnahmen und andererseits das Bestreben, ein Netzwerk für Klimaschutz in Celle aufzubauen. Dieser Prozess kann m.E. nur über einen breiten und auch kritischen Dialog erfolgreich sein, der weit über die klassischen, behördlichen Beteiligungsformen hinausgeht. Das ist mit enormen Aufwand verknüpft. Deshalb wird sowohl im Vorfeld als auch bei der im Oktober/November geplanten Auftaktveranstaltung um Mitstreiter geworben, die sich aktiv an der Ausgestaltung des Meinungsbildungs- und Arbeitsprozesses beteiligen. Angesprochen sind alle im Klimaschutz aktiven und relevanten Akteure wie Dienstleistern (Versicherungen, Banken etc.) Handwerkern und der IHK, den Stadtwerken, der SVO, Verbänden, Wohnungsbaugesellschaften, den Verkehrsbetrieben und natürlich den interessierten Bürgern. Ich denke, das gibt dem Klimaschutz in Celle eine neue Dimension, zumal ich fest davon überzeugt bin, dass nur mit diesem übergreifenden Ansatz ein nachhaltiger Erfolg möglich ist.

?: Neben der Bürger_innenbeteiligung wird ja der Aufbau eines „Celler Netzwerkes für Klimaschutz“ angestrebt. Um was handelt es sich dabei?

!: Der Klimaschutz und die wirklich komplexe Thematik der Energiesparmaßnahmen entwickeln sich nicht nur in Deutschland mit großer Dynamik. Politik, Wirtschaft und Wissenschaft setzen dabei auf einen Mix von Maßnahmen, Programmen und Instrumenten und es gibt eine Vielzahl von Einzelaktivitäten. Über ein „Netzwerk Klimaschutz in Celle“ könnten wir die Ideen und das in vielen Bereichen vorhandene Know How innovativer Celler Unternehmen bündeln und die vorhandenen Ressourcen zukünftig effektiver in den Prozess einbinden. Und von diesem Know How haben wir in Celle mehr als viele annehmen.

Ein bestes Beispiel für funktionierende Netzwerke ist das sich gerade in der Metropolregion Hannover konstituierende Projekt „Lernendes Energieeffizienz-Netzwerk“, das in anderen Regionen bereits mit bemerkenswerten Energieeinsparergebnissen erfolgreich umgesetzt wurde und an dem natürlich auch Celler Unternehmen teilnehmen können. Dort können Unternehmen des produzierenden Gewerbes teilnehmen mit dem Ziel der Steigerung der Energieeffizienz in ihren Betrieben durch regelmäßigen Erfahrungsaustausch, begleitender Ener-



gieberatung und einem gemeinsamen Netzwerkziel. Hier profitieren Klimaschutz und Wirtschaftliche Interessen der Unternehmen gleichermaßen. Oder nehmen Sie das Beispiel des Clusters Geothermie in Celle, wo die regional vorhandenen Ressourcen gebündelt werden. Auch insofern kommt der Stadt Celle als Motor und vor allem Moderator des eingeleiteten Prozesses zur Erarbeitung des Klimaschutzkonzeptes eine wichtige und entscheidende Rolle zu.

?: Einen Aspekt haben wir in der Beschlussvorlage zum Klimaschutzkonzept vermisst. Kann die Stadt nicht auch Akteur sein z.B. in der Frage der Installation von Bürger-Contracting-Projekten im Photovoltaik-Bereich oder auch im Car-Sharing-Bereich? Ein Problem derartiger Projekte liegt ja immer im Vertrauensvorschuss, den die Beteiligten (sich) geben müssen. Wir können uns vorstellen, dass bei einer Beteiligung der Kommune die bei Bürger_innen vorhandene Unsicherheit gemildert werden könnte.

!: Natürlich ist ein derartiges Engagement der Stadt vorstellbar. Es wäre ja auch fatal, wenn wir einerseits von einem offenen Prozess und kritischem Dialog sprechen und andererseits nicht ehrlich bemüht wären, solche Ideen und Vorschläge aufzunehmen. Es gibt ja auch bereits in Celle marktfähige Ansätze. Ich denke, dass es auch Teil unserer Moderatorenrolle sein muss, solche Ideen aufzugreifen und auf ihre Machbarkeit und insbesondere Nachhaltigkeit auszuloten.



Und wenn man uns den Strom abdreht?

Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf Laternen stehen beieinander und beginnen ein Gespräch.

Der lange Lulatsch: Carles Puyol. Wunderbar! Das ausgerechnet der katalanische Barca-Kapitän „die Unsrigen“ gestoppt hat. Wunderbar.

Klein Jonas: Was ist katalanisch?

Der lange Lulatsch: „Mein Katalonien“. Die Heimat des europäischen Anarchismus. Puyol hat übrigens nie für einen anderen Club gespielt und das lange Seite an Seite mit Oleguer. Der hat als autonomer Aktivist schon mal Sätze von sich gegeben wie: Die EU-Verfassung diene der herrschenden Klasse und dem Großkapital – oder „Leer stehende Häuser? Besetzen!“ Jetzt ist er bei Ajax im schönen Amsterdam.

Der Besserwisser: Nu werd' mal nicht zu überschwänglich. Nationalisten sind's ja auch, deine Katalanen.

Der lange Lulatsch: Aber scheinbar kommen sie ohne Pässe aus. Warum sonst konnten Neeskens und Stoitschkow schon für die katalonische Auswahl-Elf spielen? Die ist von der FIFA nicht anerkannt, aber hat Argentinien in einem Freundschaftsspiel Ende 2009 mit 4:2 besiegt; da war Puyol auch dabei und Cruyff war der Trainer.

Die Dicke: Und in Deutschland die bekannte Misere. Oder gibt's einen heißen Herbst?

Oma Lilo: Gründe genug gäbe es ja. Eine derartige Plünderung der Erwerbstätigen und Erwerbslosen muss doch Widerstand hervorrufen. Die Umverteilung von unten nach oben geht in die nächste Runde.

Die Dicke: Aber glaubt ihr wirklich, dass es deshalb nur einen einzigen Streiktag mehr gibt?

Der Besserwisser: Schauen wir doch zunächst, warum Merkel & Co. auf einmal in „schwäbische Hausfrau“ machen. Die milliardenschweren Bankenrettungen und Konjunkturprogramme haben die Staatsverschuldung der Euro-Staaten enorm wachsen lassen. Und prompt haben die gerade geretteten Finanzkapitalisten die Frage aufgeworfen, ob die so entstandenen Schulden ihrer staatlichen Retter überhaupt noch „solide“ sind? Ob sie aus künftigen Staatseinnahmen bedient werden können? Und so sehen sich Merkel & Co. herausgefordert, den Zweifeln an ihrer Kreditwürdigkeit nach Kräften entgegenzutreten – und dementieren dies mit ihrer so genannten Schuldenabbaupolitik. Deshalb verordnet sich die deutsche Regierung als leuchtendes Beispiel im Euro-Raum für die nächsten Jahre im Bundeshaushalt eine Einsparung in Höhe von 80 Mrd. Euro. Das soll den Märkten, die die Solidität der Staatsschulden bezweifeln, den Wind aus den Segeln nehmen!

Oma Lilo: Und - schaffen sie's?

Der lange Lulatsch: Das wird dann wohl auch vom Widerstand abhängen.

Der Besserwisser: Kann sogar sein, dass darin der Kern besteht. Zu demonstrieren, dass sie ihrem „Volk“ einiges zumuten können, ohne Widerstand befürchten zu müssen. Keines der Probleme ist geheilt, aber einen Grund, in solch eine Regierung Vertrauen zu investieren, kriegen die Geldbesitzer schon geboten. Ökonomisch gesehen ist das Ganze ja ziemlich witzlos, vollkommen ungeeignet - die Dimension des Problems und die paar Milliarden, die sie bei den Erwerbslosen wegzwickeln, das ist doch gnadenlos unverhältnismäßig.

Der lange Lulatsch: Das registrieren die Erwerbslosen und die Beschäftigten, die ja über die Sozialversicherungsbeiträge geschröpft werden, aber schon.

Die Dicke: Nur lässt das laue Lüftchen, das DGB und die Parlamentsopposition produzieren, nichts Gutes ahnen. Steinmeier ist die „Nettolohnlüge“, also das Parteitaktische wichtiger, als den Raubzug beim Namen zu nennen. Nun gut, sie haben mit der Umverteilung im großen Stil angefangen. Und der DGB will zwar Sparpaket und Schuldenbremse vom Tisch haben, aber statt sich schlicht auf die Interessen der Beschäftigten zu beziehen, wird die US-amerikanische Regierung als Kronzeuge für die Kritik am „falschen Kurs“ bemüht.

Der lange Lulatsch: Immerhin drängen linksgewerkschaftliche Kreise auf eine bundesweite Demonstration, und sie wollen danach einen Streik- und Protesttag mit Arbeitsniederlegungen in Großbetrieben und im öffentlichen Dienst.

Der Besserwisser: Zum Dampfablassen.

Oma Lilo: In Spanien ist für September ein Generalstreik angesetzt, in Italien, Frankreich wird es wahrscheinlich auch dazu kommen – in Griechenland legen die Fernfahrer alles lahm ... wer weiß – vielleicht gibt's eine Welle, die bis Deutschland reicht.

Der lange Lulatsch: Und es gibt auch einen Aufruf aus der radikalen Linken, angesichts der wahrscheinlich ausbleibenden betrieblichen Streiks mit gesellschaftlichen Streikformen zu antworten. Am 18. Oktober soll entweder die Frankfurter Börse oder die Commerzbank lahmgelegt werden.

Die Dicke: Und dezentral? Können wir uns vor Ort auch auf irgendetwas freuen?

Der lange Lulatsch: Parallel zur Demo des Europäischen Gewerkschaftsbundes am 29. September in Brüssel ruft ja attac zu einem dezentralen Bankenaktionstag auf. Und Filialen der Deutschen Bank und der Commerzbank gibt es ja auch in Celle.

Oma Lilo: Aber vielleicht sollten wir das Ganze doch lieber im internationalen Maßstab sehen, denn da werden ja wirklich Befürchtungen gehegt, dass Merkels Politik die nächste Krisenrunde einläutet.

Der lange Lulatsch: Das soll uns doch nicht etwa Sorgen machen?

Die Dicke: Und wenn man uns den Strom abdrehet?

Oma Lilo: Wie das?

Die Dicke: Kurz vor den Sommerferien hat Supermen.de erneut eine Haushaltssperre verordnet. 40 % der dies Jahr noch entstehenden Kosten will er so einzusparen, bis zu 3,5 Millionen. Bei so genannten freiwilligen Maßnahmen hat er eine 100 %-ige Sperre angeordnet.

Oma Lilo: Na, vielleicht geht den Leuten mal ein Licht auf, wenn's bei uns ausgeht.





PPP für Feuerwehr

In seiner Sitzung vom 10. Juni hat der Rat die Verwaltung beauftragt, einen so genannten Teilnahmewettbewerb für das „Public Private Partnership“-Projekt „Neubau der Feuerwehrhauptwache“ durchzuführen. In diesem können sich Unternehmen als Partner bewerben. Aus allen Bewerbungen werden dann fünf bis acht Bewerber ausgewählt. In einem zweiten Schritt werden diese sodann aufgefordert, bis Ende November ein verbindliches Angebot mit allen Details für Planung, Bau, Unterhaltung und Gebäudemanagement abzugeben. Die Vertragserteilung soll im Juni 2011 erfolgen. Gegenstimmen kamen nur von der Fraktion Die Linke/BSG.

Attac hat im Sommer die PPP-Irrweg-Kampagne auf den Weg initiiert. Mehr dazu: www.ppp-irrweg.de/ - bei www.freie-radios.net gibt es im Podcast unter dem Titel „PPP – der Ausverkauf unserer Städte ein Interview mit Carl Waßmuth: www.freie-radios.net/portal/content.php?id=34559

Baumpaten?

Was ist dagegen zu sagen, dass Wasa der Stadt Celle 10.000 Euro für die Pflanzung von 100 Bäumen spendet? Schöne Sache sicherlich. Dafür erwartet die Firma Barilla Deutschland GmbH, zu der Wasa gehört, eine kleine Lobpreisung. An den gesponserten Bäumen sollen Schildchen angebracht werden, auf denen etwa stehen soll: „Wir helfen Menschen besser zu leben, in dem wir Wohlbefinden und kulinarischen Genuss in ihr alltägliches Leben bringen!“ - Darunter etwas kleiner „Für ein gutes Klima, auch in Zukunft. Baum 1 von 100“ und dazu das Firmenlogo Barilla und das Logo der Marke Wasa. Der Stadtrat war dafür und wir sollen das „normal“ finden.

Die Marketingbranche nennt das „Corporate Social Responsibility-Strategie“. Dabei geht es darum, dass sich Unter-

nehmen als Akteure eines positiven sozialen oder ökologischen Wandels darstellen. Die gesamte Gesellschaft soll sich darüber mit den „Kommunikationszielen“ des Unternehmens identifizieren. „CSR-Strategien“, so ein Kommentar in der Internet-Zeitschrift „Schattenblick“, „laufen auf die Perfektionierung der kapitalistischen Ausbeutungsordnung hinaus, da sie positiv besetzte Werte wie „Nachhaltigkeit“, „gesellschaftliche Verantwortung“, „Soziales“ oder „Umwelt“ als strategische Elemente der Renditewirtschaft und zur Beschwichtigung elementarer sozialer und ökonomischer Widerspruchslagen einsetzen.“

Die Hoffnung: Wen interessiert noch die Klimabilanz der Produktionskette von Wasa. Denn wer Bäume pflanzt, kann doch kein schlechter „Mensch“ sein.



SPD für Jobcenter

Die SPD-Kreistagsfraktion hat sich noch Mitte Juni gegen Arbeitslosenverwaltung in Form einer Optionskommune entschieden. Die damit gegebene alleinige Verwaltung durch den Landkreis Celle war das Ziel von Landrat Wiswe und der CDU/FDP. Da aber im Kreistag eine 2/3-Mehrheit hierfür erforderlich gewesen wäre, ist diese Variante praktisch vom Tisch. Statt dessen kommt die so genannte Arbeitsgemeinschaft (Arge) als Mischverwaltung zwischen Arbeitsagentur und Landkreis. Im Unterschied zur bisherigen Regelung dürfen die Erwerbslosen dann tatsächlich auf „Leistungen aus einer Hand“ hoffen. Bisher erhielten Leistungsbezieher zwei unterschiedliche Bescheide, einen von der Arbeitsagentur über die Regelleistungen, und einen vom Landkreis über die Kosten der Unterkunft. Das hat im nächsten Jahr ein Ende. Ob damit auch die immer wieder rechtswidrige Praxis des Landkreises ein Ende hat, muss sich erst erweisen – denn er sitzt in der Arge mit in der Trägerversammlung. Und so können die Betroffenen die Ankündigung des SPD-Kreistagsvorsitzenden Maximilian Schmidt schon wieder als Drohung

wahrnehmen, denn Schmidt ließ in einer Pressemitteilung verlauten: „Wir werden darauf achten, dass die Arbeitsmarktpolitik stärker regional angepasst wird und in einer Trägerversammlung ein starker kommunaler Einfluss sichergestellt wird.“ Die Optionskommune mit alleiniger Verantwortung des Landkreises allerdings wäre für die betroffenen Erwerbslosen die weitaus schlimmere Variante gewesen.

Landrat Wiswe hat seinen Plan übrigens noch nicht zu den Akten gelegt. Er ließ sich vom Kreisausschuss im Juni von der CDU/FDP-Mehrheit den Auftrag erteilen, weiterhin an der Beantragung der Optionskommune zu arbeiten.

Städtekoalition gegen Rassismus

Auf Antrag der SPD beschloss der Rat im Juni den Beitritt zur „Städtekoalition gegen Rassismus“. Celle ist nach Wolfsburg und Hannover die dritte niedersächsische Stadt, die dem 2004 gegründeten UNESCO-Netzwerk beigetreten ist. Die Städtekoalition soll eine Plattform für den Erfahrungsaustausch bieten. So werden alle zwei Jahre die Berichte der teilnehmenden Städte nicht nur ausgetauscht, sondern auch wissenschaftlich im Sekretariat der UNESCO ausgewertet. Zunächst liegt eine wesentliche Aufgabe der Stadtverwaltung jetzt in der Erarbeitung und Umsetzung des „Zehn-Punkte-Plans“ der Städtekoalition für Celle. Wollen wir mal sehen, mit welchen Maßnahmen die Stadt gegen ungleiche Bildungschancen vorzugehen gedenkt – oder welche Disziplinarmaßnahmen sie gegen Mitarbeiter einführt, die sich rassistisch verhalten (z.B. in der Ausländerbehörde)? Denn das wird beispielhaft bei Beitritt erwartet.





"Total Extrem"

In einer neuen Broschüre "Total Extrem" informiert die Antifaschistische Linke Berlin (ALB) über die so genannte Totalitarismus- und Extremismusideologie. Diese setzt Links und Rechts gleich, verharmlost so die Gefahr von Neonazismus und ist explizit gegen linke, antifaschistische Ansätze gerichtet. Berlins Innensenator Körting spricht von »rotlackierten Faschisten«, im Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Regierung sollen die zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel gegen Rassisten und Faschisten auch gegen »Linksextremismus« Anwendung finden. In jedem zweiten Artikel der Massenmedien, in jeder Talkshow gehört die Gleichsetzung von Links und Rechts – ob aktuell oder im historischen Mäntelchen – zum guten Ton, der oftmals noch versucht wird, wissenschaftlich zu verkaufen.

Dass sowohl die Totalitarismus- als auch die Extremismusideologie explizit gegen linke, antifaschistische Ansätze gerichtet sind, um antikapitalistische Positionen zu diskreditieren und linke Strukturen »zu schleifen«, ist zentrales Thema dieser Broschüre.

Hier wird mit der vermeintlichen Wissenschaftlichkeit solcherlei Ansätze ebenso aufgeräumt wie auch jene Protagonist_innen benannt, die ideologisch an vorderster Front zusammen mit den Innenbehörden fortschrittlichen Ansätzen das Wasser abgraben oder mit Repression überziehen wollen.

Die Broschüre ist als pdf verfügbar: www.antifa.de/cms/component/option,com_docman/task,doc_download/gid,168/Itemid,34/

Gaspreisrebellien

Die SVO will gegen die etwa 300 Gaspreisrebellien jetzt mit Klagen vorgehen. Das berichtete die Cellesche Zeitung unter Berufung auf den SVO-Pressesprecher Ralf Horst. Durch die Preisreduzierungen, die die Kunden seit 2005/2006 vorgenommen hätten sei inzwischen ein sechsstelliger Betrag aufgelaufen, was die SVO nicht bereit

gelaufen, was die SVO nicht bereit sei hinzunehmen. Zu ihrer Preisgestaltung will die SVO das Gutachten einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft herbeiziehen. Ob dies reicht oder die Gesellschaft dann ihre Bilanzen offenzulegen hat, dürfte die spannendste Frage werden.

BW: Mehr Rekruten nach Celle

Das Wietzenbrucher Heeresflieger-Ausbildungszentrum C wird demnächst um die 240 Soldat_innen starke Rekrutenkompanie 4 aufgestockt. Diese war bisher in Bückeburg stationiert. In Wietzenbruch gibt es dann insgesamt 1180 Dienstposten. Selbstverständlich freuen sich Lokalpolitiker_innen wie ein Schnitzel, so z.B. Oberbürgermeister Mende, seines Zeichens amtierender Grünkohlkommandeur der Heeresflieger. Und der Bundestagsabgeordnete Henning Otte (CDU) wusste es selbstverständlich als Erster, und er ist ja sowieso nur deshalb in Berlin, um sich „auf allen Ebenen für Celle stark“ zu machen. – Und wir als Nutzer_innen des Bahnverkehrs dürfen uns demnächst an Wochenende an den niveauvollen Gesprächen „unserer Jungs“ ergötzen.

Wietze - 6,5 Millionen Euro Subvention

In einer Antwort auf eine Anfrage der Landtagsgrünen hat die Landesregierung im Juni eingeräumt, den geplanten Schlachthof der Firma Rothkötter in Wietze mit fast 6,5 Millionen Euro zu subventionieren. Allein fünf Mio. Euro werden demnach als Wirtschaftsförderung direkt bewilligt und zusätzlich 1,48 Mio. Euro für die Infrastruktur zur Verfügung gestellt. Der agrarpolitische Sprecher der Fraktion, Christian Meyer, hat diese vom Land bewilligte Förderung als "Verschwendung von Steuergeldern zu Gunsten der Massentierhaltung" kritisiert. "Das straft die bisherigen Aussagen von CDU und FDP-Politikern, die Massentierhaltung würde nicht subventioniert Hohn", sagte Meyer.

Nach Angaben der Grünen ist die jetzt bekannt gewordene Geldsumme "der höchste Wirtschaftsförderungsbetrag" den das Land Niedersachsen dieses Jahr ausgegeben hat. "Trotz leerer Kassen und Sparnotwendigkeit wird ausgerechnet für die von den Verbrauchern abgelehnte Industrialisierung der Landwirtschaft das Geld weiterhin in



vollen Zügen ausgegeben. Anscheinend spielt für die Unterstützung der Massentierhaltung Geld keine Rolle", kritisierte Meyer.

Aufgrund dieses steuerfinanzierten Prestigeprojekts der Landesregierung befürchten die Bündnisgrünen den Bau von Hunderten von Agrarfabriken und eine massive Belastung von Umwelt und Anwohnern entlang sogenannter Hähnchen-Highways. Sie forderten die Landesregierung auf, die Subventionen für die Agrarindustrie einzustellen und stattdessen eine ökologische und tiergerechte Landwirtschaft zu fördern.

Die Anfrage mit Antwort als pdf unter <http://www.fraktion.gruene-niedersachsen.de/cms/default/dokbin/344/344695.pdf>

Dissertation zu Kinder-„Euthanasie“

Die Dissertation von Marc Burlon zum Thema „Die 'Euthanasie' an Kindern während des Nationalsozialismus in den zwei Hamburger Kinderfachabteilungen“ ist als pdf-Datei im Internet verfügbar. In Burlons Forschungskomplex fallen auch die der Kinderfachärztin Helene Darges-Sonnemann zur Last gelegten 12 Morde an Kindern in Hamburg-Rothenburgsort. Darges-Sonnemann war nach 1945 Leiterin der Kinderklinik am AKH in Celle.

Hier der Link: http://www.sub.uni-hamburg.de/opus/volltexte/2010/4578/pdf/Kindereuthanasie_Hamburg.pdf

Konzessionsverträge

Bekanntlich werden im nächsten Jahr von der Stadt Celle und etlichen Landkreisgemeinden neue Konzessionsverträge mit Energieunternehmen abzuschließen sein. Während die Stadt Celle eine Rekommunalisierungsstrategie in Erwägung zieht, ist öffentlich weitgehend unbekannt, wie sich die Landkreisgemeinden verhalten wollen. – Die E.on Avacon als Hauptanteilseigner der SVO soll die Bereitschaft signalisiert haben, Anteile an kommunale Gesellschaften abzugeben und den eigenen Anteil auf 50,1 % zu reduzieren. Neben der Stadt Celle wollen scheinbar auch andere Gemeinden ihren Einfluss stärken (auch in finanzieller Hinsicht); und das geht im Prinzip auch ohne bzw. gegen die SVO. Der Landkreis Celle hält 18,8 % der Anteile der SVO, ihm dürfe daran gelegen sein, dass die Konzessionen erneut an die SVO vergeben werden.



Gerecht geht anders

Der DGB-Bundesvorstand hat beschlossen, in der Zeit vom 24.10.-13.11.2010 Aktionswochen durchzuführen, mit denen insbesondere in den Betrieben und Verwaltungen, aber auch in der Öffentlichkeit, zentrale Vorhaben der schwarz-gelben Bundesregierung kritisiert und für gewerkschaftliche Alternativen geworben werden soll. Das Leitmotiv dabei lautet: „Gerecht geht anders“; siehe website: <http://gerecht-geht-anders.de>.

Smashing Commerzbank

„Einer Streifenwagenbesatzung des Celler Einsatz- und Streifen dienstes fielen in den späten Abendstunden des gestrigen Dienstags beim Befahren der Westcellertorstraße/Ecke Magnusstraße mehrere beschädigte Fensterscheiben einer dort ansässigen Bankfiliale auf.

Bislang unbekannte Täter hatten insgesamt sechs der rund 2 mal 1,5 Meter großen Scheiben durch Steinwürfe beschädigt bzw. zerstört. Schaden rund 5000 Euro.“ (PM der Celler Polizei vom 14.7.2010)

Lockerungsübungen

Auf Einladung des DGB-Landesvorsitzende Hartmut Tölle trafen sich am Rande des „Tages der Niedersachsen“ Spitzenpolitiker von SPD, Linkspartei und Grünen in Niedersachsen in der HVHS Hustedt zu einer Art „Lockerungsübung“. Mit dabei war die gesamte SPD-Führungsspitze mit Landtagsfraktionschef Stefan Schostok, Parteichef Olaf Lies sowie dem früheren Landtagsfraktionschef Wolfgang Jütner, Die Linke war mit ihren Landtagsfraktionsvorsitzenden Manfred Sohn und Kreszentia Flauger vertreten, die Grünen mit der neuen Landesvorsitzenden Stefanie Hennecke und der Bundestagsabgeordneten und Arbeitsmarktexpertin Brigitte Pothmer. Impulsreferate für das Gespräch kamen vom niedersächsischen IG-Metall Chef Meine sowie dem Sozialethiker Professor Gerhard Wegner von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Erst Mitte Juli wurde das Treffen durch einen Bericht in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung bekannt.

Ausländerwahlrecht

Die SPD-Kreistagsfraktion hat im Juli eine Resolution zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Einwohner_innen gestellt. So soll durch einen Kreistagsbeschluss der Bundesgesetzgeber aufgefordert werden, das Grundgesetz so zu ändern, dass auch Migrant_innen, die eine Aufenthalts- oder eine Niederlassungserlaubnis haben, an Kommunalwahlen teilnehmen können. Im Landkreis Celle leben zur Zeit knapp 7.500 Menschen als sogenannte Drittstaatler – also ohne deutsche Staatsbürgerschaft oder EU-Bürgerschaft – , knapp 5.000 davon leben bereits 10 Jahre oder länger in Deutschland. Die SPD-Fraktion setzt auf einen breiten Konsens im Kreistag: „Es ist wichtig, dass eine solche Resolution breit getragen wird – deswegen werben wir für eine große Mehrheit. Auch die Celler CDU hat kürzlich betont, dass ihr das Thema Integration wichtig sei. Nur wenn die Kommunen ein starkes Signal nach Berlin senden, werden wir überzeugen. Wenn Bundestag und Bundesrat zügig handeln,

könnte das kommunale Wahlrecht für alle Einwohnerinnen und Einwohner schon zur Kommunalwahl 2011 umgesetzt werden!“



Peace & Freedom

„Bring them peace and freedom!“ rief OB Dirk-Ulrich Mende den aus Celle abziehenden britischen Soldaten zu, als sie im Juli mit aufgefanzten Bajonetten auf der Stechbahn aufmarschierten, um von der Stadt die Ehrung „Freedom of the City“ entgegenzunehmen. Das „2nd Battalion The Royal Anglian Regiment“ wird sich jetzt in Zypern auf den nächsten Afghanistan-Einsatz vorbereiten. Aber es ist eher unwahrscheinlich, dass sie den Auftrag von Supermen.de erfüllen werden. In einem Krieg, der inzwischen länger dauert als der Vietnam-Krieg, sehen die Erfolge bisher so aus: Die Alphabeten-Quote ist nicht gesunken, ein zunehmend großer Teil der Bevölkerung ist von Hunger bedroht, die mehr als 100.000 NATO-Soldaten konnten nicht zur Stabilisierung des Landes beitragen, Frauen- und Menschenrechte konnten keineswegs durchgesetzt werden. Das einzige, was sich wirklich signifikant entwickelt hat, sind die Drogenproduktion und die Korruption. Vor der Hoffnung sterben in diesem Fall auch Menschen: nach den wiki-leaks-Papieren kann sich niemand mehr etwas vormachen.

Vom Netzwerk Friedenskooperative und anderen Organisationen gibt es eine Unterschriftenaktion „Den Krieg in Afghanistan beenden – zivil helfen“, in der der Stopp aller Kampfhandlungen, und der sofortige Beginn des Abzugs der Bundeswehr aus Afghanistan gefordert wird. Onlineunterzeichnung unter: <http://www.ipnw.de/>

„Spazierender Sicherheitscheck“

Das einzige, was an einem Atomkraftwerk sicher ist, ist der Profit der Betreiber. Pro Tag spült ein einziges AKW ca. 1,5 Mill. Euro in die Kassen von E.on, EnBW, Vattenfall und RWE. Deshalb, und nur deshalb will die Bundesregierung eine Verlängerung der Laufzeiten über den so genannten „Atomkonsens“ hinaus.

Schon dieser „Konsens“ diene der risikofreien Profitmacherei, denn auf die bei einigen AKWs erforderliche Sicherheitsnachrüstung wurde darauf aufbauend verzichtet. Das Risiko bleibt bei der Bevölkerung. Bekanntlich entstehen im atomaren Betrieb radioaktive Substanzen, die wie Plutonium für viele hunderttausend Jahre von der Biosphäre abgeschirmt werden müssen. Dafür gibt es bis heute kein schlüssiges Konzept. Auch im Normalbetrieb sind AKWs giftig, wie die signifikant erhöhte Leukämierate bei Kleinkindern in der Nähe von AKWs zeigt. Atomkraftwerke sind nicht sicher, sie gehören abgeschaltet, sofort und ohne jeden Kompromiss.

„ausgestrahlt“ und andere Organisationen haben am 18. September eine Großdemo in Berlin angesetzt; Motto: „Die Zukunft der Atomenergie heißt Abschalten.“ Wie schon zur Menschenkette im April wird es aus Celle einen oder mehrere Busse geben, der/die AKW-Gegner_innen nach Berlin bringen; organisiert diesmal vom Wahlkreisbüro der SPD-Bundestagsabgeordneten Lühmann und den Bündnisgrünen (Anmeldungen über Bernd Zobel: Tel. 05141 / 36946.

Nicht nur der Streit um die Zukunft der AKW ist neu entbrannt, sondern auch die Auseinandersetzung um den Umgang mit den strahlenden Abfällen. Obwohl erwiesen ist, dass der Salzstock Gorleben nicht geeignet ist, um dort über Jahrtausende hochradioaktiven Atommüll sicher zu lagern, will die Bundesregierung das dort geplante Endlager weiterbauen. Die Verlängerung des Rahmenbetriebsplans soll mit einer Wendland-Blockade beantwortet werden (siehe S. 14). Zusätzlich ist für November ein neuer Castor-Transport in die oberirdische Zwischenlager-Halle in Gorleben geplant.

Im Oktober soll es deshalb an allen Castor-Strecken Aktionen geben. Zuletzt ging es immer auch durch Celle. Eine konkrete Aktion steht noch nicht fest, aber es wird eine lokale Beteiligung an diesem Protest geben.

Einen Schwerpunkt aber will das Celler Forum gegen Atomenergie in diesem Jahr auf den so genannten „Spazierenden Sicherheitscheck“ legen. Entlang der Transportstrecke, an Brücken und Tunnel, Wiesen und Wäldern, Straßen und Bahnhöfen soll in möglichst vielen Kleingruppen ein alternativer „Technischer Überwachungsverein“ agieren. Direkt am Gleiskörper soll dabei mit Transparenten & Plakaten, Lärm & Musik, Großpuppen & Atommülltonnen protestiert werden. Ein di-

rekter Zweck der Aktion ist, den Transport langsamer zu machen, da dieser in den vergangenen Jahren oftmals zwischen Celle und Uelzen mit über 100 km/h fuhr. Bei diesem hohen Tempo ist das Austreten von Radioaktivität bei einem Unfall kaum noch auszuschließen. - Wichtig: Die beteiligten Anti-AKW-Initiativen aus der Region werden diese Aktion öffentlich ankündigen, und: Schienen und Gleise werden bei der Aktion nicht betreten (schließlich handelt es sich um eine ICE-Strecke).

Zur Vorbereitung auf die Berliner Demo zeigt das Forum gegen Atomenergie am Di., den 14.9., um 20 Uhr im Kino 8 ½ den TV-Film: „Der große Bluff. Die falschen Versprechen der Atompolitik“ mit anschließender Diskussion.



Der „Spazierende Sicherheitscheck“ wird ausführlich mit einer Info-Veranstaltung am Dienstag, den 12. Oktober, 20 Uhr im Bunten Haus, vorgestellt; Referent ist Bernd Ebeling von der BI Uelzen, die diese Aktionsform im Jahr 2008 schon einmal erfolgreich durchgeführt hat.

Zur diesjährigen Auftaktdemo zum Castor-Transport am 6. oder 13.11. in Dannenberg wird das Forum gegen Atomenergie wie üblich einen Bus organisieren.

Das Kino 8 ½ zeigt übrigens schon am 20./21.8. den äußerst empfehlenswerten Film „Die 4. Revolution – Energy Autonomy“ zeigen – also: Falls Ihr dies rechtzeitig lest - Hingehen!

Blockade gegen Gorleben-Erkundung

Mit einer „Wendland-Blockade“ wollen Atomkraftgegner_innen ihre Proteste gegen ein mögliches Endlager in Gorleben verschärfen. Sobald das niedersächsische Bergamt in Celle der Verlängerung des Rahmenbetriebsplans für die weitere Erkundung des Salzstocks zustimmt, würden alle vier großen Straßen im Kreis Lüchow-Dannenberg für einen Tag gesperrt, heißt es in einem Aufruf des „Untergrundamtes der Freien Republik Wendland“. Geplant sind Sitzblockaden, Fahrrademonstrationen, Straßenfeste, Baumfäll-Aktionen und Trecker-Partys.

Nach der Entscheidung von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU), den Salzstock Gorleben weiter auf seine Eignung als Endlager für den stark strahlenden Abfall erkunden zu lassen, hatte das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) am 30. März die Verlängerung des aus dem Jahr 1983 stammenden Rahmenbetriebsplans beantragt. Darüber entscheiden wird bis zum 30. September das Landesbergamt in Celle (Im Werder 15). Der Rahmenbetriebsplan ist eine rechtliche Grundlage für den Betrieb des Bergwerkes.

Nach dem von rot-grün veranlassten 10-jährigen Moratorium soll es jetzt in Gorleben weitergehen. Das "Erkundungsbergwerk" Gorleben soll weiter nach Berg- und nicht nach Atomrecht ausgebaut werden. Die einfache Verlängerung des Rahmenbetriebsplanes von 1983 ist juristisch jedoch umstritten, weil es seit 1990 eine Neufassung des Bergrechts gibt. Nach Ansicht der Umweltverbände müsste ein neuer Rahmenbetriebsplan eine Umweltverträglichkeitsprüfung und die Beteiligung der Öffentlichkeit beinhalten. Doch das will die Bundesregierung nicht. Greenpeace prüft deshalb gemeinsam mit der regionalen Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg eine Klage. „Röttgens Vorgehen eröffnet uns exzellente Klagemöglichkeiten und heizt die Auseinandersetzung um die Atomkraft und Gorleben weiter an“, sagte der Sprecher der BI Lüchow-Danneberg Wolfgang Ehmke.

"Der Rahmenbetriebsplan von 1983 ist vollkommen überholt. Röttgens Endlagerpolitik ist buchstäblich ein Rückfall in die Atommauscheleien der 1980er Jahre unter Kohl", erklärt Greenpeace-Atomexperte Mathias Eder. "Seit den Achtzigern haben sich sämtliche Voraussetzungen für den Bau der Anlage geändert." So ist z.B. statt des seinerzeit verfolgten Ein-Endlager-Konzept heute auch Schacht Konrad als Endlager neben Gorleben vorgesehen. Atommüllarten und -mengen haben sich in den letzten 27 Jahren gravierend geändert, ebenso die Einlagerungskonzepte. Die Frage nach der besseren Eignung von anderen Wirtsgesteinen (Granit, Ton) ist bis heute unbeantwortet.

Eine ergebnisoffene Erkundung hat es in Deutschland bislang nicht gegeben. Seitdem Gorleben 1977 aus sachfremden Motiven zum Endlagerstandort auserkoren worden ist, sind Fakten geschaffen worden: 91 Castorbehälter mit hochradioaktiven Abfällen sind bereits nach Gorleben gebracht worden und stehen in einem Zwischenlager direkt über dem Salzstock. Eine Konditionierungsanlage zur endlagerfähigen Verpackung des Atommülls ist ebenfalls seit 2000 betriebsbereit. Auch der angelegte „Erkundungs“-Schacht mit seinem Durchmesser von neun Metern ließe schon heute das Absenken von Atommüllcontainern zu.

<http://www.wendlandblockade.ucrony.net>



Kirsten Lühmann (SPD) :

„Unverantwortlich“

Die Celler Bundestagsabgeordnete hat in einer Pressemitteilung die Verlängerung des Rahmenbetriebsplans als „Taschenspielertrick“ kritisiert: „Es ist unverantwortlich, dass die amtierende Bundesregierung mit dem Bundesminister Röttgen nun plant, die seit Jahren durch ein Moratorium unterbrochene Gorleben –Erkundung fortzusetzen.“ Röttgen plane, an bergrechtlichen Vorschriften festzuhalten, die weder verbriefte Eingriffs- noch Klagerechte für die Bevölkerung vorsehen. „Die Vermutung liegt nahe, dass der Bundesminister Fehler bei der Auswahl des Lagers nun kaschieren möchte und die öffentliche Auseinandersetzung scheut“, erklärte Lühmann.

Lühmann ist stellvertretendes Mitglied im neu eingerichteten „Gorleben-Untersuchungsausschuss“ des Bundestages, in dem u.a. geklärt werden soll, ob bereits die einseitige Festlegung des Erkundungsstandortes Gorleben für ein atomares Endlager aufgrund von Manipulationen und politischem Kalkül anstatt auf Basis geologischer Erkenntnisse erfolgt sei.

Quelle:

www.kirsten-luehmann.de/aktuell/nachrichten/2010/128258.php?y=&m=&tid=&page=2

Erfolg für Antimilitarismus!?

Mit einer äußerst knappen Pressemitteilung verkündete das Verteidigungsministerium am 22. Juni die „Absage des Celler Dialogs 2010“: „Vor dem Hintergrund der massiven Sparzwänge im Haushalt des Bundesministeriums der Verteidigung in diesem und den Folgejahren hat der Bundesminister der Verteidigung in Abstimmung mit dem Vorstand der Commerzbank entschieden, den Anfang September 2010 in Kiel geplanten Celler Dialog auszusetzen. Über die Zukunft und mögliche Umgestaltung des Celler Dialogs in den kommenden Jahren wird im Lichte der weiteren Entwicklungen und mit Blick auf die gesamte sicherheitspolitische Konferenzlandschaft zu entscheiden sein.“

Der „Celler Dialog“ sollte bekanntlich dieses Jahr in Kiel stattfinden, da die bisherige Partnereinheit des Treffens, die 1. Panzerdivision in Hannover, sich als Leitdivision in Afghanistan im Kriegseinsatz befindet. In Kiel hatte sich ein linkes Bündnis intensiv auf Proteste gegen das Treffen vorbereitet. So konnten jetzt an der Ostsee die Korken knallen.

Das „autonomes antimilitaristisches plenum kiel“ sieht in den angeführten Kosten „lediglich eine vorgeschobene, fadenscheinige Begründung“. Denn sollte das Verteidigungsministerium (BMfV) das Parlament nicht belogen haben, entstanden für das vergangene Jahr gerade mal Kosten in Höhe von 22.000 Euro. Das jedenfalls gab das BMfV auf Anfrage der Linkspartei an. Für alles andere war die Commerzbank laut eines „Kooperationsvertrages“ zuständig. Hierzu gibt es keine öffentlichen Zahlen. Aber 22000 € sind für das Kriegsministerium mit einem Haushaltsvolumen von über 30 Milliarden tatsächlich ja nur „Peanuts“.

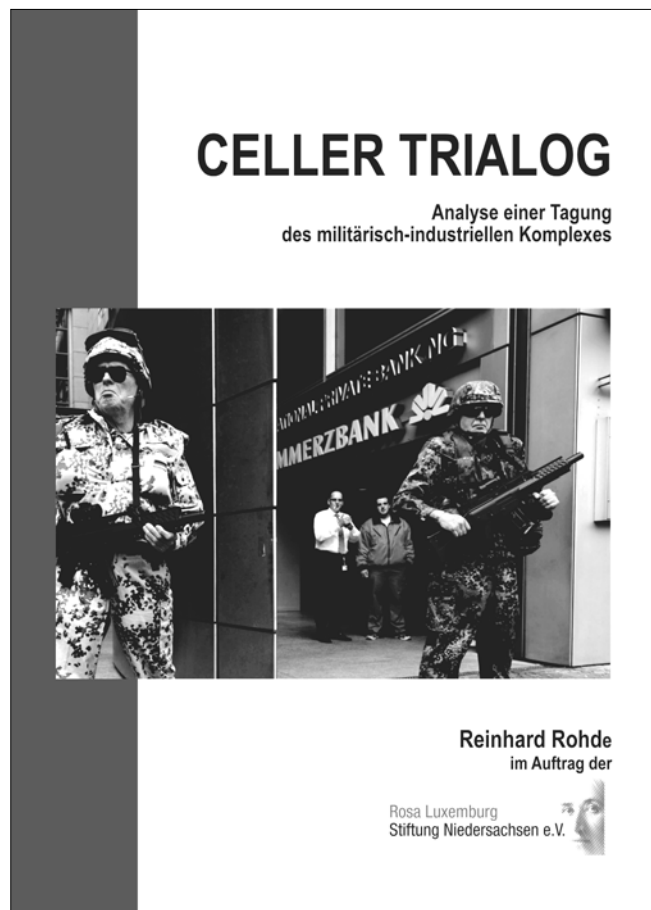
Über die wirklichen Gründe kann deshalb nur spekuliert werden. Aber: Die Protestaktionen in Celle im vergangenen Jahr hatten erstmals dieses Treffen des militärindustriellen Komplexes öffentlichkeitswirksam kritisiert. Seitdem ist es vorbei mit dem ungestörten und inhaltlich fast geheimbündlerischen Charakter. In den vergangenen Monaten ist viel aufklärende Öffentlichkeitsarbeit gelaufen. Dazu gehörte die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen in Auftrag gegebene Analyse (siehe Foto rechts) genauso wie Anfragen im Bundestag und im schleswig-holsteinischen Landtag. Insbesondere aber war die antimilitaristische Bewegung nicht allein in Kiel sehr rührig, sondern es war gelungen, die Konferenz und ihre Funktion bundesweit bekannter zu machen.

Es ist davon auszugehen, dass die Medien sich dieses Jahr für genau die Fragen interessiert hätten, die die Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE nicht bereit war zu beantworten. Denn der

die Öffentlichkeit scheuende Charakter wird hier besonders deutlich. Einige Beispiele:

Frage: Wie setzte sich der Teilnehmerkreis in den Jahren 2007, 2008 und 2009 zusammen (bitte pro Jahr angeben)? a) Welche Personen mit welcher Funktion haben an den Treffen teilgenommen? b) Welche Unternehmen haben Vertreterinnen und Vertreter entsandt? c) Inwiefern wurden Unternehmen eingeladen, deren geschäftliche Aktivitäten im Bereich der Rüstungsproduktion oder -forschung bzw. militärisch relevanter Dienstleistungen liegen? d) Inwiefern wurden Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften eingeladen, und inwieweit sind diese der Einladung gefolgt? e) Inwieweit sind Hochschulen und/oder Forschungsinstitute bzw. einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eingeladen worden, und inwieweit sind diese der Einladung gefolgt (bitte jeweiliges Forschungsgebiet/Fachrichtung angeben)?

Antwort: Rund 160 Teilnehmer aus Regierung, Sicherheitsbehörden, Wirtschaft, Verbänden, Wissenschaft und Politik trafen sich 2009 (50 Prozent mehr als 2007 und 2008). Das Einladungsmanagement erfolgte in den Jahren 2007 bis 2009 durch die Commerzbank AG Deutschland.



Frage: In welchem Rahmen werden zum Trialog 2010 Medienvertreterinnen und -vertreter zugelassen, und welche Beschränkungen sind bei der Akkreditierung vorgesehen? Gibt es eine Sicherheitsüberprüfung, und wenn ja, wer führt diese durch, und auf welche Datenbestände wird dabei zugegriffen?

Antwort: *Es wird durch die Veranstalter zu einer Pressekonferenz eingeladen werden. Dabei wird das übliche Akkreditierungsverfahren angewendet. Besondere Sicherheitsmaßnahmen werden in Abhängigkeit von der Schutzwürdigkeit einzelner Teilnehmer durchgeführt werden.*

Frage: Ist eine Publikation sämtlicher Tagungsbeiträge im Jahr 2010 geplant oder eine Publikation ausgewählter Beiträge (wann und bis zu welchem Zeitpunkt)?

Antwort: *Eine Publikation aller Beiträge ist nicht beabsichtigt. Ob einzelne Beiträge veröffentlicht werden, wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.*

Was geht aus den Antworten hervor? Erstens: Es geht die Öffentlichkeit nichts an, wer sich dort trifft, und wir wollen auch nicht, dass sie es erfährt. Zweitens: Kritische Journalist_innen sind unerwünscht, sie dürfen an der verschleiernenden Pressekonferenz am Ende teilnehmen. Drittens: Konkrete Inhalte, die vorgetragen und diskutiert werden, wollen wir der Öffentlichkeit vorenthalten.

Genau dies benennt auch das „autonomes antimilitaristisches plenum kiel“ in seiner Pressemitteilung vom 23.06.2010: „Es lässt sich feststellen, dass der Trialog ein elitäres Treffen von ranghohen VertreterInnen aus Wirtschaft, Politik und Bundeswehr ist. Nach eigenen Angaben der VeranstalterInnen findet die Aussprache "hinter verschlossenen Türen und sehr offen statt", es gibt weder Protokolle noch große Pressekonferenzen mit selbstdarstellerischen Fotos und keine nach außen getragene "wir retten die Welt"-Attitüde. Der Trialog ist ein Treffen, welches nicht im Mittelpunkt der Öffentlichkeit stehen soll.“

Und genau das geht in diesem Jahr nicht mehr. Dazu ist die Kritik, auch wenn sie nur aus antimilitaristischen Kreisen und der Partei DIE LINKE kommt, zu präsent.

Weiter heißt es in der PM der Kieler_innen: „Dass [...] Deutschland sich den Weg zu Rohstoffen und politischem Einfluss seit mittlerweile über einem Jahrzehnt wieder selbst freischießt und freibommt, dürfte zwar nicht erst seit Horst Köhler und Kunduz bekannt sein, soll aber weiterhin nicht Teil der öffentlichen Wahrnehmung der BRD sein. Den Celler Trialog als das, was er ist, zu entlarven - ein lupenreines Kriegstreibertreffen - ist ein maßgeblicher Erfolg der radikalen antimilitaristischen Kritik an den Verhältnissen, den damit verbundenen Aktionen, der hergestellten Öffentlichkeit und Mobilisierungen, die seit mittlerweile zwei Jahren kontinuierlich anlässlich des Treffens stattfanden und auch für das Jahr 2010 in Kiel bereits seit einigen Wochen verstärkt angelaufen waren.“

Auch wenn es vermessen wäre, die Wirkung links(radikaler) Kritik zu überschätzen: Die seit über einem Jahr laufende Kampagne dürfte ihren Anteil an der Absage des diesjährigen Trialogs haben. Der militärisch-industrielle Komplex „leidet“ auf der anderen Seite nicht allzusehr unter dem Ausfall; es gibt leider hinreichend anderes (gut abgeschirmtes) Parkett für die Begegnung von Wirtschaft, Militär und Politik. Deshalb sollten sich die antimilitaristischen Kräfte in Celle nicht zurücklehnen, sondern vielmehr als bisher z.B. die Präsenz der Bundeswehr im öffentlichen Raum kritisieren. Und sie sollten daran arbeiten, den allzu merkwürdigen Widerspruch zu bearbeiten, wonach bis zu 80 Prozent bei Meinungsumfragen gegen den NATO-Krieg in Afghanistan sind, (umgekehrt) aber die Bundeswehr bei einem genau so großen Anteil großes Vertrauen genießt. Diese Schizophrenie wird dann ja noch dadurch auf die Spitze getrieben, dass der adlige Kriegsminister als beliebtester Politiker durchgeht.

Das muss sich ändern. Das wird sich ändern.



Machine Gun

Das waren noch Zeiten, als Rockmusik glaubwürdig gegen Krieg vom Leder zog – und manchmal ja immer noch zieht, wie Neil Young oder RATM beweisen. Und wenn auf der anderen Seite Masken wie Sarah Connor und Ober-Christen wie Xavier Naidoo unsere Jungs am Hindukusch bespaßen, wundert uns das nicht wirklich. Dass allerdings die Bundeswehr keine Probleme hat, junge Bands (mit Kohle) zu Auftritten auf ihre Bühnen zu locken, ärgert uns schon. Bereits vor einem Jahre waren es auf dem Großen Plan: „Nina und die anderen“ (Hambühren), „Castlerock“ (RS Burgstraße), „Lauschangriff“ (Fassberg) und „Engine“ (RS Bergen). Dieses Jahr waren beim „Tag der Niedersachsen“ erneut „Lauschangriff“ dabei - wie auch „Alles“, „Herr Flamingo“ (ehedem „Whatever“) und „StenRai“. Letztere finden nichts dabei, kurz darauf auch im Bunten Haus, beim Südwinen-Festival und beim Bockpalast zu spielen. Kommt uns nicht mit: „Wir waren jung und brauchten das Geld!“ Bei Werbung für den Krieg hört für uns der Spaß auf!



Hallo ihr lieben Leser_innen!

Hier ist sie endlich, lang erwartet und drum gezittert, die dritte Ausgabe vom Fragezeichen. Viel ist passiert: zum Beispiel die beim letzten Mal beworbene Workshopwoche im Bunten Haus. Hoch gings her, mit Graffiti, DJing, Skaten und vielem mehr. Schön wars! Außerdem findet ab jetzt regelmäßig ein Frauencafé im Bunten Haus statt, dessen Termine ihr auf Seite 1 findet. Das Highlight dieser Ausgabe ist unser neu gewonnener Berater Dr. Fragezeichen: Er wird in Zukunft all eure Fragen rund um Repression, Revolution und Rock'n'Roll beantworten. Bleibt fragend, bis bald,
eure müde Redaktion

ENDLICH WIEDER FRAUEN CAFÉ EINMAL IN MONAT FREI VOM SEXISTISCHEN ALLTAG

„Fragst auch Du Dich morgens vorm Spiegel, ob Du in dem Oberteil wirklich rausgehen kannst, oder ob Du damit komisch angeguckt wirst? Wirst Du bei schlechter Laune auch ständig gefragt, ob Du „schon wieder deine Tage“ hast? Wie viele Väter kennst Du, die zu Hause bleiben, wenn ihre Kinder krank sind? Wer kümmert sich in Deiner Beziehung um Verhütung? Wer hilft Dir bei Computerproblemen? Und wie viele Müllfrauen siehst Du morgens die Tonnen durch die Straßen schieben?“

Obwohl sich in den letzten Jahrzehnten Dank des Engagements von Frauen für Frauen einiges verändert hat, beherrschen nach wie vor sexistische Diskriminierungen das Leben von uns Frauen. Wie wir aussehen sollten,

welche gesellschaftlichen Rollen wir einnehmen dürfen... Solche strukturellen Ungleichheiten bestimmen nicht nur unseren Alltag, sondern ebenso unser Verhalten und unsere Gefühle.

Deshalb ist es wichtig, einen Freiraum für Frauen zu schaffen, um sich aus den alltäglichen sexistischen Strukturen zurückziehen zu können und ohne Männer diskutieren und sich austauschen zu können. Sei es über frauenspezifische Gesundheitsthemen, Sex, Selbstbehauptung oder was auch immer uns gerade beschäftigt.

Denn: „Frausein ist keine naturgegebene Bestimmung - es gibt kein Gen das festlegt wie Frauen ticken. Dass Frauen fürsorglich sind, schlecht einparken, gerne Schuhe kaufen und vor Spinnen Angst haben sind Klischees. Trotzdem wird immer über die Eigenschaften der „Frau an sich“ gesprochen. Bestimmte menschliche Eigenschaften werden als weiblich bestimmt und deswegen Frauen zugeschrieben. Und dies schlägt sich in unserem Verhalten und in unserem Alltag, und damit unserer Realität nieder.“ (Zitat aus „Selbstverständnis

des AFK der Uni Hannover“).

Am 5.Juni fand das Frauencafé zum ersten mal seit vielen Jahren wieder statt. Das Bunte Haus öffnete seine Türen und schuf einen zwangsfreien Raum für Frauen. Ungefähr 15 Frauen nahmen das Angebot an und verbrachten einen schönen, langen Abend in den unteren Räumlichkeiten des Bunten Hauses.

Ab jetzt soll das Frauencafé jeweils am ersten Dienstag im Monat stattfinden. Männer werden an diesen Terminen darum gebeten, ihren Aufenthalt im Café des Bunten Hauses zu kurz wie möglich zu gestalten und das Frauencafé nicht zu stören.

Die nächsten Termine sind:
3. August, 7.September, 5. Oktober, 2.November, 7. Dezember, jeweils ab 18.00.

Dr. Fragezeichen (Jahrgang 1760) fand seinen Einstieg in die Politik während der Französischen Revolution und ist seitdem ohne Unterbrechung in mehreren politischen Gruppen aktiv. Er hat alles gesehen und erlebt und beantwortet euch gerne alle Fragen.

DR. FRAGEZEICHEN

FRAGE VON JAN
(14) AUS CELLE:

Hallo lieber Dr. Fragezeichen! Letztes waren ich und meine Freunde auf einer Demonstration. Plötzlich konnte ich meine Leute im Getümmel nicht mehr finden und habe mir irgendwann große Sorgen gemacht. Ich habe die Namen meiner Freunde gerufen, woraufhin ich von einem Vermummten angemacht wurde, ich solle den Mund halten. Warum hat er das gesagt? Schließlich fanden wir uns zufällig abends am Bahnhof wieder. Die Situation war total doof und hat mir Angst gemacht. Ich bin froh, dass wir alle gut nach Haus gekommen sind... Dr. Fragezeichen, was können wir nächstes Mal besser machen?

DR. FRAGEZEICHEN:

Lieber Jan!

Sehr vorbildlich von dir, dass du so jung schon dein Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnimmst. Gerade in Zeiten, in denen diese immer weiter eingeschränkt wird, ist es wichtig, dass viele Menschen sich gegen den Strom stellen. Durch einige kleine Verhaltensänderungen kannst du dein Demoerlebnis entspannter und sicherer machen:

1. Bildet am besten bevor ihr zu der Demo fahrt Bezugsgruppen (die zu empfehlende Gruppengröße liegt bei 3-5 Leuten). Die Bezugsgruppe hat den Zweck, dass ihr gerade in Stresssituationen, nicht auf einmal alleine darsteht. Sprecht vorher genau ab wie ihr euch verhalten wollt und sprecht auch über eure Sorgen und Ängste.

2. Da viele Demonstrationen videoüberwacht werden und sich auch Polizeispitzel unter die Demonstrierenden mischen, solltet ihr es vermeiden euch bei eurem echten Namen zu rufen, da dies Informationen sind, die bei der Polizei in Datenbanken landen. Deswegen überlegt euch einen Bezugsgruppennamen, den ihr stattdessen rufen könnt, wenn ihr euch treffen oder besprechen wollt.

3. Auf den meisten Demos ist ein Ermittlungsausschuss organisiert worden, den du anrufen kannst, wenn du oder andere festgenommen werden. Informiere dich im Vorfeld über die EA-Nummer. Die Leute beim EA werden versuchen sich darum zu kümmern, dass Festgenommene abgeholt werden. Merke dir die Namen und die Geburtsdaten der Menschen in deiner Bezugsgruppe, denn diese Daten braucht der EA um tätig werden zu können.

4. Denke vor der Demonstration darüber nach, wie weit du gehen willst und was du dir zutraust. Du musst nichts machen, weil Leute dir erzählt haben, dass es cool oder richtig ist. Du solltest deiner Bezugsgruppe vertrauen können und

dich mit ihnen lange unterhalten, bevor ihr euch zusammen in so eine Situation begeben.

5. Auf Demonstrationen können immer stressige, unvorhersehbare, gefährliche und ungewollte Situationen entstehen, auch wenn du versuchst solche zu vermeiden. Bleib ruhig und denk daran: Falls du doch festgenommen werden solltest, musst du der Polizei nichts sagen, was nicht auf deinem Personalausweis steht.

6. Es gibt einige Dinge die du auf jeden Fall mit zu einer Demo nehmen solltest: deinen Personalausweis, Kleingeld zum Telefonieren (z.B. auf der Polizeiwache), Medikamente die du regelmäßig einnehmen musst für zwei Tage, zu Trinken und zu Essen.

7. Es gibt auch einige Dinge die du besser nicht mit zu einer Demo nehmen solltest: Handy (zum einen weil du damit geortet werden kannst, zum anderen weil bei einer Festnahme die Polizei deine gesamten Kontakte auf ihrer Datenbank speichern kann), Alkohol, Drogen, Waffen (auch ein kleines Taschenmesser könnte dir zum Verhängnis werden), usw. usw. Also Jan. Ich hoffe, ich konnte dir weiterhelfen. Weitere Informationen zu diesem Thema gibt's bei www.rote-hilfe.de -> Rechtshilfetipps.

Bleib dabei und lass dich nicht einschüchtern.

Habe die Ehre,
dein Dr. Fragezeichen

schreibt mir unter:
dr.fragezeichen@gmx.de

KAMPANGE T A T O R T KURDISTAN

Momentan läuft bundesweit die Kampagne TATORT KURDISTAN, welche die Verstrickungen der deutschen Bundesregierung und deutscher Unternehmen mit dem Krieg gegen die Kurd_innen thematisieren und somit deren Verantwortung aufzeigen soll.

Im Zuge dieser Kampagne wurde im Bunten Haus an zwei Mittwochabenden zur Lage in Kurdistan referiert. Hierzu wurde für einen Abend ein Referent der ISKU (Informationsstelle Kurdistan) aus Hamburg eingeladen, der mit aktuellen Bildern und Informationen einen realitätsnahen Eindruck der Umstände vermitteln konnte.

In Kooperation mit dem Kino 8 ½ wird am **27.08.10** um **20.30 Uhr** und am **30.08.10** um **20.00 Uhr** der Film **MIN DÎT - die Kinder von Diyarbakir** gezeigt. Er handelt von einer Zehnjährigen und ihrem kleinen Bruder, die sich nach der Ermordung ihrer Eltern durch Angehörige einer paramilitärischen Spezialeinheit alleine durch ihre Heimatstadt Diyarbakir schlagen müssen. Eines Tages trifft die Zehnjährige den Mörder ihrer Eltern wieder.. (mehr Informationen unter www.kino-achteinhalb.de)

Im Folgenden wird der Aufruf der Kampagne abgedruckt:

Von Rüstungsexporten, Kreditvergaben bis hin zu Giftgas und anderen Aktivitäten deutscher Unternehmen in Kurdistan

Der Krieg in Kurdistan wird international geführt und ist näher an uns dran, als viele glauben mögen. Während in der Region Kurdistan seit Jahrzehnten Widerstand geleistet wird, ziehen deutsche Unternehmen und die Regierung in Form von Rüstungsexporten oder der Finanzierung und dem Bau von Staudämmen nahezu unbehelligt ihre Profite aus diesem Krieg. Die Bundesregierung arbeitet freudig mit der türkischen Regierung zusammen, wenn es um Auslieferungsanträge oder Rückführungsabkommen kurdischer Flüchtlinge geht. Solche Machenschaften müssen dort, wo sie zutage treten, genauso wie dort, wo sie entstehen, beleuchtet werden, müssen aufgezeigt, kritisiert und verhindert werden.

Die Kampagne TATORT Kurdistan hat zum Ziel, die Verantwortung und die Rolle deutscher Unternehmen und der Bundesregierung an geeigneten Orten sichtbar zu machen. Auf der Seite <http://tatort-kurdistan.blog.de/> findet ihr Hintergrundinformationen zur deutschen Beteiligung an Rüstungsexporten, Infrastrukturprojekten, am Giftgasangriff auf Halabja, zur Situation kurdischer Flüchtlinge in Deutschland und zur Repression gegen die Kurdische Freiheitsbewegung. Auch Termine und weitere Informationen findet ihr auf dieser Webseite. Es wird in unterschiedlichen Städten in Deutschland Veran-

staltungen zu diesen Themen geben und am 1. September 2010 zum Weltfriedenstag einen bundesweiten Aktionstag.

Deutsch-Türkische Zusammenarbeit
Waffenlieferungen, wie die Schenkungen tausender Panzer und anderer Waffen aus den NVA Beständen der ehemaligen DDR in den 1990er Jahren, die bei der Zerstörung von 4000 kurdischen Dörfern im Einsatz waren, gehören nicht der Vergangenheit an. Die Zerstörung der kurdischen Siedlungsgebiete hat mehrere 100 000 Menschen in die Flucht getrieben, die jetzt in den Slums der Großstädte oder in Flüchtlingscamps unter menschenunwürdigen Bedingungen leben. Die Türkei ist mit 15,2 % (2004-2008) noch immer wichtigster Abnehmer deutscher Rüstungsexporte. Neben den 289 Leopard II Panzern, die von 2006 - 2008 in die Türkei geliefert wurden, sind nach wie vor Schusswaffen z.B. G3- und neuerdings HK33 Gewehre und MP5 Maschinenpistolen (in Lizenz in der Türkei gebaut) gegen Kurd_innen im Einsatz. In die Verantwortung genommen werden die Unternehmen dafür jedoch nicht.

Bis heute wurden von der Bundesregierung weder Entschädigungen an die Opfer des Giftgasangriffes 1988 in der irakisch-kurdischen Stadt Halabja gezahlt, noch wurden die deutschen Händler verurteilt. Dabei wurde die Technik zur Herstellung dieser Gaswaffen vor allem von deutschen Firmen geliefert. 5000 Menschen starben damals einen qualvollen Tod und weitere 7.000 bis 10.000 Menschen wurden so schwer

verletzt, dass sie später an den Folgen starben oder dauerhafte Gesundheitsschäden erlitten.

Der massive Bau von Staudämmen in den kurdischen Gebieten der Türkei hat eine politisch strategische Dimension. Die Mehrzahl der neu entstehenden Staudämme werden in einem Gebiet gebaut, in dem militärische Operationen stattfinden. Die Bevölkerung der betroffenen Gebiete wird zwangsumgesiedelt, in ein Leben in völliger Armut und ohne Perspektive. Die versprochenen Entschädigungen werden nicht immer ausgezahlt und auch wenn, sind sie so gering, dass sie nicht mal für den Bau eines neuen Obdachs reichen. Deutlich wird die machtpoliti-

Dimension aktuell am Ilisu Staudamm, der der Türkei die Kontrolle über den weiteren Wasserlauf vom Tigris nach Syrien und Irak garantiert, ebenso wie an den bereits am Euphrat gebauten Staudämmen. Die deutsche Regierung zog ihre Exportkreditgarantien für das Ilisu-Projekt aufgrund von massivem Widerstand von Seiten von Staudammgegner_innen im Sommer 2009 zurück.

Nach Deutschland gekommene kurdische Flüchtlinge und Migrant_innen werden immer wieder in ihre Herkunftsländer abgeschoben, obwohl ihnen dort oftmals Haftstrafen und Folter drohen. Ein Beispiel hierfür ist das im Sommer 2008 beschlossene Rückführungsabkom-

men zwischen Deutschland und Syrien. Auch aufgrund von Auslieferungsanträgen werden immer wieder kurdische Aktivist_innen inhaftiert. Das bedeutet häufig monatelange Haft bis zu einer Entscheidung der zuständigen Oberlandesgerichte, ob die Betroffenen ausgeliefert werden oder nicht. Aber auch in Deutschland werden Kurd_innen aufgrund des seit 1993 geltenden PKK-Verbots für ihre politische Tätigkeit kriminalisiert und mit Gefängnisstrafen belegt.

WORKSHOP WOCHE IM BUNTEN HAUS EIN RÜCKBLICK

Wie bereits in der letzten Fragezeichen-Ausgabe angekündigt wurde, fand vom 19.-25.7. die Kreativ- und Workshopwoche im Bunten Haus statt, welche am Sonntag mit einem Abschlussfest endete.

Die unterschiedlichen Workshops haben auch alle sehr unterschiedliche Eindrücke hinterlassen: So bot die Nähwerkstatt im Kreativraum einen entspannten Ort um sich einfach mal auszuprobieren oder aber auch wie ein Profi die Nähte auf den Stoff zu zaubern. Ein bisschen mehr Wirbel als die

ratternden Nähmaschinen erzeugten die BMXler. Die waren immer auf Tour, schraubten an ihren Rädern rum und sausten mit ihren Bikes auf dem Hof umher. Den Hof mussten sie sich an den ersten beiden Tagen mit den angehenden GraffitiKünstlerInnen teilen, die sowohl theoretisch als auch praktisch an das Graffitimalen herangeführt wurden, sodass am Ende einige sehr schöne, manchmal auch witzige Bilder an die Wand gebracht wurden. Doch nicht nur optisch wurde viel geboten. Beim DJ(ane)-Workshop fanden sich einige Naturtalente, die ihre fachkompetenten Zuhörer begeistern konnten! Dass beim Abschlussfest überhaupt Musik aus den Boxen kam, ist den PA-Workshoplern zu verdanken, die einige Grundkenntnisse über die gesamte Technik gesammelt haben, die für eine ordentliche Party gebraucht wird. Zudem gab es noch einen kleinen Ein-

stieg in die Gebärdensprache, welche nicht international ist und sogar eigene Dialekte hat.

Wir fanden alle, dass es eine wunderschöne und interessante Woche war. Und die eine oder der andere wird wohl ein bisher verborgenes Talent bei sich entdeckt haben. Und ein riesengroßes, herzliches Dankeschön an alle die mitgemacht und mitgeholfen haben!!

Die Bundeswehr an der Heimatfront

"Gut ausgebildete, gleichermaßen leistungsfähige wie leistungswillige Soldatinnen und Soldaten sowie zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Grundvoraussetzung für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr", heißt es im aktuellen "Weißbuch 2006 - zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr" des Bundesministeriums der Verteidigung. (1) Die Bundeswehr hat momentan etwa 366.600 Angehörige, von denen 117.300 im "zivilen" Bereich der Bundeswehr tätig sind. Den größten Teil der Bundeswehrangehörigen bilden Soldatinnen und Soldaten, die zeitlich begrenzt bei der Armee Dienst tun - also Zeitsoldaten (129.500) und Wehrdienstleistende (58.900). Der Personalstand der Armee ist also keineswegs konstant, sondern die Anzahl der Zeitsoldat_innen und Wehrdienstleistenden schwankt permanent. Immer gefährlichere Auslandseinsätze schrecken potentielle Zeitsoldat_innen ab, weiter ihren Dienst an der Waffe zu tun. Geburtenschwache Jahrgänge, die abnehmende Zahl für den Kriegsdienst "tauglicher" Jugendlicher und die große Konkurrenz mit der Privatwirtschaft um insbesondere junge Akademiker_innen machen es der Bundeswehr ebenfalls nicht leicht, ihre Truppenstärke im Soll zu halten.

Im Weißbuch 2006 wird der jährliche Bedarf der Bundeswehr an neuem Personal trotz eines generellen Personalabbaus mit jährlich 20.000 jungen Frauen und Männern beziffert. Um die "Grundvoraussetzung für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr" (2) sicherzustellen, beschreitet die Armee seit einigen Jahren neue Wege. Mit Sattelschleppern reist sie auf der Suche nach neuen Soldat_innen durch die Republik, auf jugendgerechten Websites wirbt sie für eine "Karriere mit Zukunft" und in (Jugend-)Medien schaltet sie ganzseitige Werbeanzeigen. Auslandseinsätze und das Bestreben die Armee auch im Inland einzusetzen, treffen in der Bevölkerung immer noch auf große Ablehnung. Rekrutierungsveranstaltungen der Armee sind daher auch immer Werbeveranstaltungen zur Sympathiegewinnung.

Eigene Veranstaltungen und Aktionen in Armeeliegenschaften und vor allem im öffentlichen Raum sind für die Bundeswehr enorm wichtig. Die Armee kann sich auf ihren Veranstaltungen nach Belieben präsentieren: Kein Aufwand scheint zu groß, keine Kosten zu hoch. So organisiert die Armee nicht nur Veranstaltungen in Fußgängerzonen, sondern auch Sportfeste, Konzerte und Messestände.

"KarriereTreff Bundeswehr"

Seit August 2006 tourt der "KarriereTreff" der Bundeswehr wie ein Zirkus durch die Bundesrepublik. Bis dahin hatten die drei Teilstreitkräfte Heer, Marine und Luftwaffe in eigenen Ausstellungen getrennt voneinan-

der geworben. Der "KarriereTreff" diene dazu, sich als Arbeitgeber darzustellen, heißt es dazu auf einer Website der Armee. (3)

Das Zentrum des rollenden Informationszentrums besteht aus dem "KarriereTruck", einem großen, in zivilem Blau lackierten Mercedes-Sattelschlepper mit begehbarem Auflieger. "Sichern Sie sich einen von 20.000 Arbeitsplätzen", steht in großen Lettern auf dem Auflieger geschrieben. Über dem Eingang prangt ein Wortspiel: "Entschieden gut. Gut entschieden." Dahinter das zentrale Motto der Veranstaltungen: "Bundeswehr: Karriere mit Zukunft". In dem Truck befinden sich Broschüren und anderes Werbematerial zum Mitnehmen - sogar DVDs der Luftwaffe. An modernen Touch-Screen-Monitoren können sich die potentiellen Rekrut_innen über Jobs bei der Armee informieren. Zudem geben Soldat_innen und Wehrdienstberater_innen den meist jungen Besucherinnen und Besuchern Auskünfte. Direkt neben dem "KarriereTruck" befindet sich meist der "KinoTruck". In ihm können sich bis zu 32 Zuschauer_innen dank modernster Multimediatechnik 3D-Armeefilme ansehen.

Da die Bundeswehr mit ihrem "Karriere-Treff" bewusst junge Leute ansprechen will, sind fast immer auch



Tag der Niedersachsen in Celle am 19.06.2010 – Kinder dürfen den ganzen Tag über in ein Panzerfahrzeug krabbeln.

die Bundeswehr-Kletterwand "TopFit", das Bundeswehr-Quiz "Auf Zack!" und Segways, einachsige Funsportvehikel, mit auf Tour. Ein High-Tech-Flugsimulator lässt an einen Jahrmarkt erinnern, mit dem Unterschied, dass hier für die Armee geworben wird. Wer nicht im Bundeswehr-Simulator durchgeschüttelt werden will, kann auf dem "Motorrad der Feldjäger" Platz nehmen, das die Armee oft im Schlepptau hat. Eine Tafel neben der silberfarbenen BMW-Maschine weist die Motorleistung aus - daneben wird die Laufbahn der "EskortenfahrerIn" geschildert. Eine mobile Bühne gehört ebenfalls zum Repertoire des "KarriereTreffs", hier treten beispielsweise jugendgerechte - und teilweise sogar etwas bekanntere - Musikgruppen auf. (4) Solch eine "Road-Show" - so nennt es die Armee - benötigt natürlich auch viel Personal: Rund 30 Soldat_innen - davon einige erfahrene Wehrdienstberater und Jugendoffiziere - sind bei jedem Treff dabei.



Tag der Niedersachsen in Celle am 19.06.2010 – Massive Bundeswehrpräsenz vom Bahnhof bis zum Thaeplatz.

Das ist jedoch noch längst nicht alles. Um die Militär-Show noch erfolgreicher zu gestalten, werden zu jedem Einsatz Bundeswehrfahrzeuge bestellt. Beispielsweise landete beim ersten "KarriereTreff" 2008 ein UH-1D Militärhubschrauber auf dem Domplatz im westfälischen Münster. In Osnabrück soll die Armee ein Brückenbaufahrzeug dabei gehabt haben. Am 22. Mai 2008 lockten "Fuchs"-Spürpanzer und Sanitätsunimog die Leute zum "KarriereTreff" im ostwestfälischen Gütersloh. Schon im vergangenen Jahr sorgten Panzer vom Typ "Wiesel", Patriot-Luftabwehrraketen und anderes militärisches Großgerät bei den "KarriereTreffs" für viele interessierte Besucherinnen und Besucher.

Die Ausrüstung des Karrieretreffs zeigt, dass vor allem sport- und technikbegeisterte Jugendliche angesprochen werden sollen. Mit dem Jahrmarktähnlichen Auftreten will die Bundeswehr ihr eigentliches Ansinnen verschleiern. Hier geht es nicht um eine Aufklärung über die Chancen und Risiken des Soldatenberufs oder um eine Diskussion über den Sinn und Zweck von Auslands- oder Inlandseinsätzen der Bundeswehr - hier geht es um

das Ködern von Jugendlichen. Auf solche Vorwürfe reagiert die Armee empört: *"Jeder Arbeitgeber stellt sich so gut wie möglich dar"*, erklärte Pressesprecher Major Kai Gudenoge beim "KarriereTreff" in Münster. Auch die Bundesregierung weist den Vorwurf des "Köderns" zurück. In der Antwort auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag heißt es: *"Der Einsatz von Exponaten erfolgt zur authentischen Darstellung entsprechender Arbeitsplätze der Streitkräfte"*. (5) Die Zielgruppe - laut Armee alle Männer und Frauen im "wehrfähigem Alter", d.h. ab 17 Jahre - scheint sich trotzdem vor allem wegen der ausgestellten Technik für die Bundeswehr zu begeistern und von ihr angezogen zu werden und vergisst dabei schnell, dass es sich um todbringende Waffensysteme handelt. Auch Kinder begeistern sich an den Waffensystemen und werden von den Olivgrünen zum Platznehmen ermuntert.

Der "KarriereTreff" der Bundeswehr tourte 2006 - dem Jahr der Indienstellung - durch fünfzehn Städte. 2008 wurden wie schon 2007 vierzig Städte bereist. Gezielt werden dabei lokale Ereignisse aufgegriffen. So nutzte die Armee das Landesturnfest in Gütersloh, um sich gleich neben den Sporteinrichtungen zu präsentieren. Tausende - meist minderjährige - Sportler_innen wurden von den olivgrünen Häschern mit Militärbroschüren ausgestattet und durften im Spürpanzer Probe sitzen. Je nach Einsatzort sind für die Werbeveranstaltungen ein bis sechs Tage eingeplant. Nicht immer aber dauert der "KarriereTreff" so lang, wie es die Bundeswehr zuvor ankündigt, Proteste von Antimilitarist_in-nen und Friedensgruppen verderben der Armee oftmals die Show. Feldjäger sichern die "KarriereTreffs" daher bei vielen Einsätzen ab. Das Hausrecht besitzt die Bundeswehr aber meist nur in ihren Sattelschleppern und anderen Gerätschaften - vom Ort des Geschehens können die Soldat_innen die Demonstrant_innen meist nicht verweisen.

Die Bundeswehr scheut für diese Werbemaßnahmen weder Kosten noch Mühen: Die durchschnittlichen Ausgaben pro Einsatz belaufen sich laut Regierungsauskunft auf etwa 31.200 Euro. Für den Transport, Auf- und Abbau sowie für die Eventmodule werden 14.700 Euro kalkuliert. Betrieb, Bewachung und Events schlagen mit 15.100 Euro zu Buche. Unterbringung und Platzmiete kosten durchschnittlich 1.400 Euro. Gesamtkosten für den "KarriereTreff" der Bundeswehr 2008: 1,3 Mio. Euro. (6)

Bundeswehr auf Nachwuchs- und Stimmenfang

Die deutsche Armee hat mittlerweile eine Vielzahl unterschiedlicher Werbemaßnahmen entwickelt, um zum einen neue Rekrut_innen zu werben und zum anderen Sympathien in der Bevölkerung (zurück-)zu gewinnen. Die Spannweite reicht von - in diesem Artikel nicht näher berücksichtigten - Wehrdienstberatungen und Werbeveranstaltungen in Arbeitsämtern, an Schulen und Universitäten über Jugendsportveranstaltungen bis hin zu Einsätzen der "Bundeswehr BigBand". Hinzu

kommen öffentliche Auftritte bei städtischen Veranstaltungen, öffentliche Gelöbnisse und der in vielen Kasernen jährlich stattfindende "Tag der offenen Tür". Zudem musiziert nicht nur die "Bw-BigBand" für mehr Sympathien in der Gesellschaft, sondern auch andere Armee-Orchester, wie beispielsweise das Heeresmusikkorps, das Luftwaffenmusikkorps und das Marinemusikkorps. Auch am "Girl's Day" - einem Aktionstag der Wirtschaft und verschiedener Bundesministerien, um Frauen und Mädchen "Männerberufe" nahezubringen - beteiligt die Bundeswehr sich jedes Jahr und lädt die Jugendlichen in ihre Liegenschaften ein. Jährlich finden über tausend Reklameeinsätze in der ganzen Bundesrepublik statt.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass beinahe alle Einsätze der Zusammenarbeit mit zivilen Stellen bedürfen. Ob dies nun die Messeleitung ist, die der Armee einen großen Stand gewährt, die lokale Arbeitsagentur, die den Olivgrünen einen Raum zur Verfügung stellt oder die Stadt, die dem "KarriereTreff" für einige Tage den örtlichen Marktplatz überlässt. Es bedarf also nicht nur der Kritik an der Bundeswehr, sondern auch an den mit ihr kooperierenden öffentlichen Stellen.

Die Bundeswehr zeichnet sich bei ihren Reklameeinsätzen vor allem durch ihr unverschämtes Verhalten aus. Absichtlich werden Minderjährige umworben und ihnen ein unkritisches Bild von der Armee präsentiert. Über Sport- und Abenteuerveranstaltungen werden die jungen Menschen für die Bundeswehr begeistert, um später an der Waffe zu dienen. Währenddessen wird auch bei älteren Menschen um Sympathien geworben.

Nicht nur in Afghanistan tobt der Kampf um die "hearts & minds" der Bevölkerung - wie es im Militärjargon heißt.

Fazit: Bundeswehr im Werbefeldzug

Für Kinder und Jugendliche zwischen 14 und 20 Jahren hat die Bundeswehr ihr "treff.Bundeswehr"-Konzept entwickelt. Dazu gehören neben der bunt gestalteten treff.Bundeswehr-Website vor allem die "infopost" aber auch Veranstaltungen wie die "Bw-Adventure-Games" und "Bw-Musix". An ältere Jugendliche und junge Erwachsene bis 25 Jahre richtet sich das "bundeswehrkarriere"-Konzept. Hierzu gehören neben der Website www.bundeswehr-karriere.de der "KarriereTreff" und die "Messestände". Das "Bundeswehr-Karriere"-Konzept ist auf ältere Jugendliche zugeschnitten, die Veranstaltungen, Flyer und Websites sind weniger bunt konzipiert und beschäftigen sich direkt mit dem Arbeitgeber Bundeswehr. Spiele und andere Entertainment Angebote werden weniger angeboten. Das deutsche Militär hat also ein Konzept für 14 - 20-Jährige und ein Reklamekonzept für die bis zu 25-Jährigen. Beide Konzepte sind natürlich nicht strikt voneinander getrennt, sondern greifen Hand in Hand.

Die Werbemaßnahmen der Bundeswehr zur Nachwuchs- und Sympathiegewinnung sind schon heute e-

norm. In Zukunft werden diese Aktivitäten - durch die angestrebte zunehmende Beteiligung Deutschlands an Auslandseinsätzen und dem Ziel einiger Politikerinnen und Politiker, die Bundeswehr auch im Inland einzusetzen - wohl noch ausgeweitet, da der Bedarf an frischen Soldatinnen und Soldaten weiter Bestand haben wird. Zukunftsweisend für die deutsche Rekrutierungsstrategie scheint die US-Armee zu sein. Diese betreibt schon seit Jahrzehnten eine aggressive Werbestrategie, um junge Leute vom Eintritt in die Armee zu bewegen. Mit der Zunahme umstrittener Militäreinsätze steigt auch die Zahl der Armee-Reklameeinsätze. Daher müssen sich antimilitaristische Aktivitäten und Proteste der Friedensbewegung nicht nur gegen die Einsätze der Bundeswehr, sondern auch gegen die Rekrutierungs- und Sympathieeinsätze richten. Wer die Rekrutierung neuer Soldatinnen und Soldaten verhindert, verhindert die "Grundvoraussetzung für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr". (7)

Anmerkungen: (1) BMVg (2006): Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr; Seite 154. (2) ebd. (3) www.streitkraeftebasis.de (4) www.treff.bundeswehr.de (5) Kleine Anfrage der Linksfraktion: Reklametätigkeit der Bundeswehr BT-Drucksache 16/4532, 02.03.07. (6) Kleine Anfrage der Linksfraktion: Militäraufmärsche in der Öffentlichkeit und Reklameeinsätze der Bundeswehr, BT-Drucksache 16/7925, 25.01.08. (7) BMVg (2006): "Weißbuch 2006 - zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr".

Michael Schulze von Glaßer

Mit freundlicher Genehmigung des Autors, gekürzt aus: IMI-Magazin - Februar 2009 (<http://www.imi-online.de/download/MSG-BW-Marketing.pdf>)

Weitere Infos unter: <http://www.bundeswehr-wegtreten.org/> oder <http://www.imi-online.de/>



Tag der Niedersachsen in Celle am 19.06.2010 – Für eine gute halbe Stunde protestierten zwei Antimilitaristinnen gegen die Bundeswehrpräsenz; die Polizei forderte zum Abbruch auf, da für den Thierplatz eine Sondernutzung durch die Bundeswehr gelte. Am Vortrag hatten die beiden beim BW-Public-Viewing am Schlässchen im Französischen Garten am Ende des Spiel Deutschland-Serbien protestiert. – Ein Interview zu dieser Aktion gibt es bei Radio Flora als Podcast in der Sendung „Culture Courage“ vom 30.06.2010.

Aprosas - Solidarität mit den Mayas

Nach Brasilien ist Guatemala das Land in Lateinamerika mit den größten Gegensätzen zwischen arm und reich. Eine kleine Oberschicht von Weißen und Ladinos (Mestizen) verfügt über den Großteil des Nationaleinkommens. Am meisten betroffen von der Armut sind, wie schon in den Zeiten der Kolonialherrschaft, die Nachkommen der Ureinwohner, die Mayas. Nach Angaben von Unicef im September 2009 ist in Guatemala jedes zweite Kind unterernährt. Vor allem Maya-Familien sind betroffen. Zahlreiche Menschenrechtsverletzungen („Rekordjahr 2009“) gegen Vertreter dieser Volksgruppe, gegen Gewerkschafter usw. ergänzen das Bild.

„Aprosas - Solidarität mit den Mayas in Guatemala e.V.“ ist ein gemeinnütziger Verein, der seit dem Ende des Bürgerkrieges mit zwei Schwerpunkten in Guatemala arbeitet:

1. Förderung des fairen Handels im Kontakt mit dem Frauenselbsthilfeprojekt „Mundo verde“ (grüne Welt): Diese Frauen stellen hauptsächlich Webwaren her: Kleider, Taschen, Tragetücher, Hängematten, Kinderschaukeln, „Sorgenpüppchen“ u.a. (Artikel- und Preislisten im Weltladen oder im Internet).



2. Finanzielle Unterstützung von sog. „Basisprojekten“ mit Spendengeldern, weil die Kosten aus dem Umsatz des Webwarenverkaufs nicht gedeckt werden können. Unterstützt, nicht voll übernommen, denn zu den Kriterien gehört, dass sich die Antragsteller_innen mit 25 % Eigenleistung an den Gesamtkosten beteiligen. Die Projekte müssen in sich abgeschlossen und zeitlich begrenzt sein. Die Fördersumme darf 4500 US \$ nicht überschreiten.

Solche, inzwischen erfolgreich beendete Projekte waren bisher Brunnenbau, Bau von Trinkwasserleitungen, Bau von Sanitäranlagen und Latrinen, Bau einer Schul-

kantine, Reparatur eines Schuldachs, Bau einer Maismühle, Weberinnenfortbildung (-> Mundo verde) u.a.m..

Für drei neue Basisprojekte, auf die sich die Spende durch den Weltladen bezieht, liegen Anträge vor. Im guatemaltekischen Hochland soll eine Hängebrücke gebaut werden, um den 8 km langen Weg der Bauern zu ihren Feldern im Winter zu ermöglichen und zu erleichtern; für drei Dörfer ist der Bau von Latrinen geplant und als Drittes soll ein Schulhof befestigt und zur Straße hin abgegrenzt werden.



Die Gemeinde Pampojilá erhielt finanzielle Unterstützung für den Bau einer öffentlichen Maismühle zur täglichen Herstellung des Maisbreis für die Tortilla.

Weitere Projekte werden im Gesundheitsbereich durchgeführt, Unterstützung beim Bau von Dächern und Trinkwasserleitungen ist geplant.

In Guatemala gibt es einen (einheimischen) Projektkoordinator, der in direktem Kontakt zu den Antragstellern steht, sie also bei der Planung, der Ausführung und Abrechnung der Projekte berät und unterstützt. Er führt eine Erstprüfung der eingehenden Anträge durch und hält Aprosas mit dreimonatlichen Berichten auf dem Laufenden. Soweit es zeitlich und v.a. finanziell möglich ist, besuchen Vertreter_innen von Aprosas die Projekte. Die Spendengelder für die Projekte werden „ausschließlich zweckgebunden und auf Antrag der Projektpartner in Guatemala für konkrete Projekte und Vorhaben eingesetzt“.

Mehr zum Verein und den Projekten im Celler Weltladen oder unter www.aprosas.de



„Nicht Ruhe ... ist die erste Bürgerpflicht, sondern Kritik“*

Versammlungsgesetz kippen!

Am 27. Juni fand in der Celler Innenstadt ein Aktionsvormittag anlässlich des geplanten niedersächsischen Versammlungsgesetzes statt. Dazu wurden beim Celler Ordnungsamt zeitgleich zu unterschiedlichen politischen Themen Versammlungen angemeldet. Mit der jeweils angegebenen Teilnehmer_innenzahl von drei bis vier Personen wurde auf den Irrsinn des neuen Gesetzes angespielt, in dem es heißt, dass schon die Zusammenkunft von zwei Personen zwecks Kundgebung zur öffentlichen Meinungsbildung anmeldepflichtig ist. Die einzelnen Beiträge wurden gefilmt und anschließend bei YOU TUBE eingestellt mit der Absicht, dass die Aktion in anderen Städten Nachahmer_innen findet: <http://www.youtube.com/watch?v=vJqNsbnuX0>

Seit der Föderalismusreform im Jahr 2006 obliegt es jedem einzelnen Bundesland, sein eigenes Gesetz zur Einschränkung und Regelung der Versammlungsfreiheit zu erlassen. Etliche Punkte sind in dem niedersächsischen Gesetzentwurf vom Januar 2010 zu kritisieren. An dieser Stelle sollen nur einige genannt werden:

Das Mitführen von Gegenständen, die dazu geeignet sind, die Feststellung der Identität zu verhindern (z.B. Sonnenbrille, Kapuzenpulli, Schminke), kann mit einer Geldstrafe bis zu 1000 Euro geahndet werden. Eine Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren wird angedroht gegen Personen, die Gegenstände dabei haben, die als Waffe zu gebrauchen wären (Taschenlampe, Regenschirm??).

Der neu eingeführte Begriff „Militanzverbot“ sowie das Verbot von Tragen gleichartiger Kleidungsstücke ermöglichen der Polizei gegen Demo Teilnehmer_innen vorzugehen, wenn diese „den Eindruck der Gewaltbereitschaft vermitteln“. Dieser subjektiven Bewertung von Aktivist_Innen öffnet Willkür Tür und Tor. Aus Sicht der Gewerkschaften könnte auch bei Streikaktionen das Tragen von gleichartigen T-Shirts oder Streikwesten und bei Arbeitskampfmaßnahmen eingesetzte Streikposten unter das Militanzverbot fallen.

Bisher galt das Versammlungsgesetz nur für Versammlungen unter freiem Himmel - konform mit Artikel 8 des GG. Die neue Regelung widerspricht insoweit dem GG, in dem

es auch Veranstaltungen in geschlossenen Räumen reglementiert.

Zudem stellt die Ausweitung der Anmeldefrist von früher 48 Stunden auf dann bis zu 72 Stunden eine deutliche Verschlechterung für den/die Veranstalter_in dar. Auch gehen in Zukunft alle Veranstalter_innen ein erhebliches finanzielles Risiko ein, da sie für Schäden, die scheinbar im Rahmen der Versammlung entstanden, persönlich haften. Da hilft es einem wohl auch nicht, dass die Polizei auf allen größeren Demonstrationen Videoaufzeichnungen machen darf, und diese dann auch noch „zu Schulungszwecken“ unreglementiert speichern darf.

Blockierenden von bereits genehmigten Versammlungen (z.B. Nazi-Demo Blockaden) droht eine Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren. Wer zu einer bereits verbotenen Versammlung aufruft (z.B. in den letzten Jahren entlang der Castor Transportstrecke), kann mit einer einjährigen Freiheitsstrafe rechnen. Und wer ganz vergisst, auch eine noch so kleine Versammlung anzumelden, die oder den kann ein Bußgeld von 3000 Euro erwarten.

Es gibt noch so einiges, weshalb es sich lohnt, gegen dieses Gesetz aktiv zu werden; wer an dem vollständigen Gesetzestext interessiert ist, findet ihn unter: wiki.vorratsdatenspeicherung.de/images/100112_NVersG.pdf

Selbstverständlich ist die Einschränkung unserer Demonstrationsfreiheit nicht nur ein niedersächsisches Problem und auch nicht nur ein nationales, sondern muss global gesehen werden. Je größer die Spanne zwischen Armen und Reichen wird, desto mehr setzen die Herrschenden der kapitalistischen Staaten auf Abschreckung und Repression.

Mehr zum Thema unter: <http://versammlung.diegedankensindfrei.org/>

* Otto Brenner (1907-1972), IGM-Vorsitzender: „Nicht Ruhe, nicht Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit ist die erste Bürgerpflicht, sondern Kritik und ständige demokratische Wachsamkeit.“





Proteste gegen Sonnenwendfeier von Neonazis

Na(ht) zihof in Eschede ausmisten!

Am 19. Juni fand in Eschede auf dem Hof des Bauern Nahtz traditionell das sogenannte Sonnenwendfest statt. Laut Polizeibericht kamen etwa 220 Neonazis aus ganz Norddeutschland und angrenzenden Bundesländern zu dem Nazievent, darunter ca. 10 bis 15 Kinder.

Gegen diese Naziversammlung hatte der DGB und das Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus zu einer Protestkundgebung aufgerufen. Entgegen dem Vorhaben, den Protest in Sicht- und/oder Hörweite der Adressaten zu bringen, fand diese wieder einmal im Escheder Ortskern statt, diesmal allerdings auf der Hermannsburger Landstraße. Das hatte zur Folge, dass nicht nur die Adressaten nicht erreicht wurden, auch Bürger_innen konnten nicht auf das Treiben am Ortsrand aufmerksam gemacht werden. Das ist allerdings das kleinere Problem, denn unter den Anwohner_innen sollte die Problematik mit dem Nazitreff in Eschede hinreichend bekannt sein.

Grund für das „Auslagern“ des Protestes ins Nirgendwo waren wieder einmal die Auflagen der Ordnungsbehörde. Als Begründung musste dieses mal der Niedersachsentag in Celle erhalten und der damit verbundene „Polizeinotstand“, was sich in Angesicht der Wirklichkeit von 120 Menschen auf der Antifakundgebung, als altbekannte Panikmache herausstellte.

Ass von einigen Aktiven der Protestkundgebung diese Veranstaltung als gelungene Blockade bezeichnet wurde, ist sehr arg schöngefärbt, schließlich ist es ein ganz normaler Vorgang, dass für Demonstrationen und Kundgebungen Straßen gesperrt werden und Straßensperrungen von den Behörden sind nun wirklich keine Blockade. Faktisch war es auch kaum eine Behinderung der Nazis, da sie mit einem kleinen Umweg, völlig ungehindert und ohne Vorkontrollen auf den Hof Nahtz gelangte. Allerdings ist es ein Novum, dass diese Landstraße überhaupt gesperrt werden konnte – in bisherigen Auflagen wurde immer der Eindruck erweckt, dass bei Sper-

rung der Hermannsburger Landstraße der Verkehr im gesamten Nordkreis zusammenbricht.

Vielleicht lässt sich ja darauf aufbauen. Die nächste Naziversammlung in Eschede steht leider wieder vor der Tür, am 25. September findet das sog. Erntedankfest statt, eine Gegenveranstaltung ist wieder angemeldet und vielleicht lässt sich dann etwas mehr durchsetzen, wenn schon nicht in den Kooperationsgesprächen, dann ja vielleicht doch einmal gerichtlich! Schließlich war die Forderung am 19.06.2010 von vielen: „Wir wollen zum Finkenbergl!“

Dass in Eschede bekanntermaßen nicht nur „Brauchtum“ abgefeiert wird, dokumentieren die Nazis auf ihrer Internetseite zu Bad Nenndorf selber: Ein „Info“stand zu Bad Nenndorf war bei Nahtz in Eschede aufgebaut. Angeblich haben etliche Nazis ihre Unterstützung zu dem größten norddeutschen Naziaufmarsch, der am 14.08.2010 stattfindet, zugesagt. Und tatsächlich wurde ein Flugblatt, dass in Eschede auf dem „Info“tisch lag, kurz darauf in der Celler Innenstadt verteilt.

Foto rechts oben: Zwei Escheder (K.B. und B.L.) bei einem Störungsversuch am Rande der Antifademo. Die beiden sind später noch beobachtet worden, wie sie zu Hof Nahtz gingen.

Rechtsextremismus: Celle mit vorn

Die Polizeistatistik über rechtsextremistische Straftaten in Niedersachsen im ersten Quartal 2010 sieht Celle mit vorn: Bei den 47 Landkreisen und kreisfreien Städten belegt Celle zur ersten Frage Rang 6 mit 13 Delikten; davor der LK Harburg (29) und der LK Stade (15), die Stadt Hannover (23) und die Region Hannover (17), sowie der LK Aurich (14). – Bei den Gewaltdelikten liegt Celle mit drei Delikten auf Rang 3, hinter dem LK Harburg (6) und der Stadt Hannover (4). Und mit drei fremdenfeindlichen Delikten kommt Celle auf Rang 5; hinter Stade, Harburg und Aurich.

Genehmigungen sind erteilt, der Baubeginn steht bevor

Wietze – Proteste und Probleme

Das Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg hat im Juli der Celler Frischgeflügel GmbH die Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb eines Geflügelschlachtbetriebes in Wietze erteilt. Genehmigt werden zwei Schlachtlinien mit einer Gesamtkapazität von 2.592.000 Hähnchen wöchentlich. Baubeginn ist im August, die Inbetriebnahme ist für März 2011 geplant.

Das Vorhaben entspricht nach Auffassung des Gewerbeaufsichtsamts Lüneburg den Anforderungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und erfüllt sowohl die planungsrechtlichen als auch die umweltrechtlichen Voraussetzungen. Außer Acht geblieben bei der Prüfung sind hingegen die zu erwartenden neuen Stallanlagen für Geflügel. *„Für die Einbeziehung möglicher Stallanlagen in unser Genehmigungsverfahren gibt es keine rechtliche Grundlage“*, erläutert Christina von Mirbach, stellvertretende Leiterin des Gewerbeaufsichtsamtes.

Diese Forderung von Kritiker_innen des Projekts nahm die SPD auf ihrem Unterbezirksparteitag im Juni in Lachendorf auf. Im Beschluss heißt es: *„Wir fordern den Landkreis Celle daher auf, ein Raumordnungsverfahren zum Gesamtprojekt durchzuführen, um eine umfassende Folgenabschätzung zu gewährleisten. Durch die derzeitige Aufsplitterung unterschiedlicher, nebeneinander laufender Genehmigungsverfahren wird eine nachhaltige Folgenabschätzung, die mit den Zielen des regionalen Entwicklungskonzeptes der LEADER – Region Aller-Leine-Tal übereinstimmt, nicht sichergestellt.“* Doch die Zustimmung der SPD-Fraktionen im Gemeinderat und Kreistag steht dadurch scheinbar nicht in Frage; die SPD-Fraktion im Wietzer Gemeinderat jedenfalls ließ sich durch den Unterbezirksbeschluss nicht beeindrucken und stimmte im Juli der Bauleitplanung zu. Vielleicht auch ein Grund für Eva Ehry ihr Ratsmandat niederzulegen. Sie hatte 2009 die meisten Stimmen aller sozialdemokratischen Kandidat_innen bekommen. Gegenüber der CZ begründete sie ihren Schritt damit, dass das Schlachthofprojekt im Gemeinderat *„viel zu wenig oder eigentlich gar nicht diskutiert worden“* sei.

Der Protest hat sich durch die Genehmigung nicht erledigt. Im Gegenteil: Der größte Geflügelschlachthof Europas gerät zunehmend überregional in den Blickpunkt. Die Bauplatzbesetzung (s. Artikel auf S. 25) hat dazu beigetragen. Große bürgerliche Zeitungen nahmen die Besetzung zum Anlass, das Projekt zu hinterfragen.

Ende Juli berichteten in einem kritischen Fernsehbeitrag für „Frontal 21“ die Autoren Christian Esser, Robert Härtel und Joe Sperling über *„Die Machenschaften der Mäster“*. Die Kernthese des Beitrags: Obwohl der Markt gesättigt ist, investiert die Agrarindustrie bundesweit in neue Schlachthöfe und Mastanlagen. Die

Konzerne hätten einen Verdrängungswettbewerb begonnen, der – staatlich subventioniert - in eine ruinöse Überschussproduktion führen würde. Der Beitrag mit Bildern von der Bauplatzbesetzung in Wietze und einem hilflosen Kommentar des Rothkötter-Sprechers zum erhofften Absatzwachstums bei Geflügelfleisch ist zu finden in der ZDF-Mediathek.

Auf internationale Zusammenhänge wies der Hamburger Verein „Rettet den Regenwald“ hin. An einer von ihm angestoßenen e-mail-Protestaktion beteiligten sich innerhalb einer Woche rund 15.000 Menschen. Die Protestmails bekamen Umweltminister Röttgen, Ministerpräsident McAllister, Landwirtschaftsministerin Aigner, Landrat Wiswe und Wietzes Bürgermeister Klußmann. Die Argumente werden sie wenig beeindrucken, auch wenn sie beeindruckend sind:

„Bereits heute entfällt mehr als die Hälfte des weltweit verfügbaren Ackerlandes auf die Tierzucht. Für jedes Kilogramm Geflügel müssen zwei Kilogramm Getreide und Soja geopfert werden. Wenn man weitere Faktoren wie Wasserverbrauch und ungenutzte Abfälle einrechnet, so ergibt sich eine vernichtende Energiebilanz: 20 Kilogramm an pflanzlicher Masse ist nötig, um ein Kilogramm Fleisch zu erzeugen. Jedes Jahr werden weltweit rund 700 Millionen Tonnen Getreide und Soja an Nutztiere verfüttert. Das ist mehr, als ein Drittel des Weltgetreideverbrauchs.“ (www.regenwald.org/protestaktion.php?id=604)

In der Protestmail wird der Konflikt so zusammengefasst: *„Das bedeutet konkret, dass Menschen hungern, weil ihre Nahrungsmittel in Industrieländer exportiert werden als Futtermittel für unser Vieh. Und um die Ackerflächen für den Anbau von Nutzpflanzen wie Soja zu schaffen, werden die Regenwälder und andere artenreiche Ökosysteme vor allem in Südamerika gerodet. Dies führt zur Zerstörung von ursprünglichstem Lebensraum der Urvölker, zum Artensterben und in letzter Konsequenz zu massiven Klimaveränderungen weltweit. Wir sollten dazu übergehen, möglichst wieder Produkte zu konsumieren, die lokal bei uns hergestellt werden.“*

Rothkötters größtes Problem scheint aber zu sein, dass er nicht ausreichend Hähnchenmäster findet. Im Landkreis Celle soll es Anträge für drei Stallungen geben. Darüber hinaus „outete“ sich Markus Santelmann, Juniorchef des Nordburger Spargelhofes, gegenüber der CZ mit seinem Plan, Bauanträge für zwei Stallanlagen zwischen Nordburg und Helmerkamp stellen zu wollen. Auch unter Einbeziehung der in angrenzenden Landkreisen laufenden Planungen, ist der aktuelle Stand kaum ausreichend, um den Geflügelschlachthof profitabel zu betreiben.

Durchgefallen wg. falscher Frage

Das ist bitter. Das Bürgerbegehren gegen den Wietzer Schlachthof ist gescheitert. Und es ist um so enttäuschender, als dies einer Dummheit der Initiatoren geschuldet ist. Gegen die Ablehnung durch den Wietzer Gemeinderat vom Juni ist zwischenzeitlich zwar Klage eingereicht worden; ein positiver Ausgang ist allerdings kaum zu erwarten.

Das Instrument des Bürgerentscheids ist seit einigen Jahren Bestandteil der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO). Bürger_innen können so gegen Entscheidungen ihrer Gemeinde angehen. Im Prinzip, denn in der Realität sind viele Konfliktfälle ausgeschlossen. So sind Bürgerbegehren zu Großprojekten wie etwa Biogas-Anlagen ebenso untersagt wie solche zur Ausweisung neuer Gewerbegebiete. Die Gemeindeordnung verbietet ausdrücklich Initiativen zu Angelegenheiten, die im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens oder eines förmlichen Verwaltungsverfahrens mit Öffentlichkeitsbeteiligung zu entscheiden sind. Auch über die Aufstellung, Änderung, Ergänzung und Aufhebung von Bauleitplänen darf es keinen Bürgerentscheid geben.

So war es für die Wietzer Bürgerinitiative gegen die Hähnchengroßschlachtenanlage nicht leicht, einen passgerechten Ansatz zu finden. Die Lösung schien schließlich: „Kein Gemeindegeld für den Schlachthofinvestor in Wietze.“ Und die im Bürgerbegehren formulierte Frage lautete: *„Sind Sie dafür, dass die Gemeinde Wietze die Ansiedlung eines Großschlachtbetriebes im Gemeindegebiet in der Form unterstützt, dass sie dem Investor einen befristeten Kredit zum Erwerb des Gewerbeareals zur Verfügung stellt?“*

Die erforderlichen Unterschriften (10 % der Wahlberechtigten) wurden gesammelt, während sich Wietzes Gemeindedirektor wahrscheinlich schon ins Fäustchen lachte. Denn er hatte die Initiatoren von vornherein darauf hingewiesen, dass ihre Fragestellung nicht den

Anforderungen der NGO entspricht. Dort heißt es zum einen unter § 22b, Abs. 3: „Das Bürgerbegehren muss die gewünschte Sachentscheidung so genau bezeichnen, dass über sie im Bürgerentscheid mit Ja oder Nein abgestimmt werden kann.“ Und zum anderen unter Abs. 9, dass für einen erfolgreichen Bürgerentscheid die Mehrheit der gültigen Stimmen auf Ja lauten müsse. Nun läuft die Fragestellung der BI auf ein „Nein“ hinaus. Es hätte nur das Wörtchen „dafür“ durch ein „dagegen“ ausgetauscht werden müssen. Warum, muss gefragt werden, sind die Initiatoren gegen die Wand gelaufen, statt sich nach dem Einwand des Gemeindedirektor kompetente Beratung zu holen? Schon ein Blick in das Merkblatt der Landesinitiative „Mehr Demokratie e.V.“ hätte genügt: „Diese Frage [im Bürgerbegehren] ist dann der Abstimmungstext beim Bürgerentscheid! Die Frage muss so formuliert werden, dass, wer für das Begehren ist, mit Ja stimmen kann.“

Ihre ablehnende Entscheidung begründeten Gemeindedirektor und Gemeinderat zudem damit, dass sich das Bürgerbegehren formwidrig mit einer Haushaltsfrage beschäftige und zudem kein hinreichender Kostendeckungsvorschlag gemacht worden sei. Für die BI Grund genug zu klagen, hier sei die „Demokratie mit Füßen getreten“ worden: „Aus Angst, bei einer Bürgerentscheidung zu unterliegen, wurde die Chance verpasst, Demokratie erlebbar und gestaltbar zu machen.“ (PM vom 18.06.2010) Aus ihrer Sicht hätte die Gemeinde die Möglichkeit gehabt, die Fragestellung für den Bürgerentscheid den formalen Erfordernissen anzupassen. Norbert Juretzko und Claus Friedrich Schrader wollen als Vertretungsberechtigte des Bürgerbegehrens vor dem Verwaltungsgericht Lüneburg eine Normenkontrollklage einreichen. Die Aussichten sind – aus unserer Sicht – „bescheiden“.



Go Vegan!



Seit Pfingstmontag, hat sich der Bauplatz des geplanten Schlachthofes der „Celler Land Frischgeflügel GmbH“, in eine alternative, fröhliche und freundliche Lebensgemeinschaft gewandelt. Hier leben Tierschutzaktivistinnen und -aktivisten aus den verschiedensten Bereichen Deutschlands zusammen.

„Wir sind kein festes Kollektiv, sondern eher ein loser Zusammenschluss“, erklärt uns einer der Besetzer. Während das gemeinsame Ziel feststeht, kann doch Jede/r selbst entscheiden wie er oder sie sich bei einem Polizeieinsatz verhält, oder wie lange man im Camp bleiben möchte. Hier herrschen anstatt Zwängen zum Mitmachen, Freiheit zum eigenen Entscheiden, je nach Situation, Kraft und Ermessen.

Das Camp hatte sich schon nach wenigen Tagen von einem Zeltplatz in ein kleines Dorf mit ein paar selbstgebauten Holzhütten und einem Turm entwickelt. Mittlerweile steht eine Küche mit Gasherd, ein zweiter Turm und ein Büro, für welches ein alter Wohnwagen mit der Aufschrift „Go Vegan“, umfunktioniert wurde. Außerdem eine Toilette und diverse weitere Hütten.

Der Tagesablauf der Bauplatz-Besetzer gestaltet sich relativ frei, jedoch muss für Essen gesorgt werden, das meist vom Markt geholt wird, Flyer-Aktionen gestartet und Samstag abends ein veganer Kochkurs organisiert werden. Man findet auf der Fläche für Europas größten Schlachthof also junge Menschen, die Tierschutz leben und für die Öffentlichkeit zugänglich machen. Gedankt wird ihnen dies durch eine Großteil der Wietzer Bürger. „Viele Wietzer sind froh, dass wir da sind“, berichten uns zwei junge Besetzer, allerdings gibt es auch erheblichen Protest gegen die sogenannten „Ackerkacker“, eine

SchülerVZ Gruppe titelt „Am 23.6. stürmen wir das Schlachthof-Demo-Lager in Wietze“. Glücklicherweise ist bis auf ein paar Böller nichts passiert und die Gruppe wurde, wegen Aufrufs zur Gewalt, gelöscht.

Eine Räumung des Geländes stand vorerst nicht fest, obwohl die Besitzerin des Ackers die Aktivisten aufforderte bis zum 27. Mai, 9:00 Uhr verschwunden zu sein. „Wir haben ihr dann erklärt, dass das eben nicht geht, wir aber auch nichts gegen sie persönlich haben“, schildert einer der Tierschützer. Es wurde gemeinsam ein Brief an die Besitzerin geschrieben, um die Situation zu erklären und keine Antipathien zu schüren, sondern die Lage objektiv zu besprechen.

Der bevorstehende Bautermin, Anfang August, beruhigt die Besetzer keineswegs. „So schnell kann uns die Polizei nicht räumen und selbst wenn, ist es ja auch eine symbolische Sache“, teilt uns eine junge Bewohnerin des Camps mit. Zur Abwehr wurde ein 33 Meter langer Graben um das ganze Areal gegraben und vom 30.7.-8.8.2010 fand eine Aktionswoche auf dem Bauplatzgelände statt. Workshops, Vorträge, Diskussionen und Aktionen rund ums Thema Geflügelschlachthof und Massentierhaltung wurden den Teilnehmern angeboten. Musik, Stockbrot und Bücherlesungen waren für das Abendprogramm vorgesehen.

Text und Foto: S.B.

Nachtrag (kurz bevor die pdf des Heftes in die Druckerei geht): Am 10. August wurde das Gelände polizeilich geräumt; scheinbar in Anwesenheit von Franz-Josef Rothkötter, dessen Firma auf einen Baubeginn im August drängte. Die etwa 200 Beamten brauchten mehrere Stunden, um die 30 zum Teil angeketeten Besetzer_innen vom Gelände zu bekommen. <http://antiindustryfarm.blogspot.de/>

Wietze: Wasser durch SVO

Mit der Absicht, den Schlachtbetrieb in Wietze mit einer eigenen Wasserversorgung zu betreiben, ist die Firma Rothkötter gescheitert. Die ökologischen Risiken bei einer Entnahme aus dem Bannetzer Feld wären erheblich gewesen. Jetzt soll die SVO die maximal erforderliche Betriebswassermenge von ca. 1,15 Mio. m³ liefern. Zu welchen Bedingungen, d.h. vor allem zu welchem Preis, dies erfolgen soll, erfährt die Öffentlichkeit nicht. Die Fraktion der Bündnisgrünen im Kreistag hat diesen Komplex mit einer Anfrage an die Kreisverwaltung thematisiert: "1. Wie kann Europas größter Geflügelschlachthof in Wietze mit rund 1 Mio. Kubikmeter Wasserbedarf zusätzlich versorgt werden, ohne dass dieses die chemischen und Kapazitätsverhältnisse des Grundwassers langfristig nachteilig beeinflussen wird? [...] 3. Plant die SVO eine Erhöhung der Kapazität der genehmigten Trinkwasserentnahmestellen? 4. Welche finanziellen Folgen in Bezug auf den Wasserpreis ergeben sich für die Bevölkerung im Landkreis Celle? 5. Welche Mengen Wasser werden derzeit nicht nur von den sieben Entnahmestellen nördlich der Aller im Gemeindegebiet Winsen in Anspruch genommen und welche Änderungen sind zu erwarten? [...] 7. Sind zukünftig höhere Entnahmemengen im Bereich Feldberegnung zu erwarten und wie wirken sich diese auf die Trinkwasserbrunnen aus?"



Halle ausgebrannt

Eine im Bau befindliche 1600 Quadratmeter große Halle einer Hähnchenmastanlage im Dörfchen Sprötze bei Buchholz im Kreis Harburg in der Nordheide in der Nacht zum letzten Freitag vollständig ausgebrannt. Es entstand ein Sachschaden in Höhe von 500.000 Euro. Die Polizei teilte gegenüber den Medien auf Nachfrage mit, dass Brandbeschleuniger gefunden wurde, der wohl in Hohlräume des Daches gegossen wurde. Somit steht die für 37.000 Tiere ausgelegte erste genehmigte Zulieferanlage für den Geflügelschlachthof in Wietze vier Wochen vor ihrer Inbetriebnahme schon nicht mehr.

Schattenblick zu Wietze

Ein interessantes Interview des Internetmagazins „Schattenblick“ mit Uschi Helmers und Norbert Juretzko von der BI Wietze findet sich unter:

www.schattenblick.de/infopool/tiere/report/trin0001.html

sowie ein guter Hintergrundbericht über die Bauplatzbesetzung unter

www.schattenblick.de/infopool/tiere/report/trbe0002.html

Zwei Tagungen in Hannover

Verkehrs- & Energiewende

Unter dem Motto „Auto und Mobilität in der Krise“ veranstaltet die Rosa Luxemburg Stiftung vom Freitag 27.08., 17 Uhr, bis Samstag 28.08.2010, 18 Uhr, eine „Konferenz zur Transformation gesellschaftlicher Verkehrsverhältnisse“.

Als Antwort auf die große und vielschichtige Krise (Wirtschaft, Finanzen, Klima, Ökologie, Nahrungsverteilung) ist ein Bruch mit denjenigen Verhältnissen erforderlich, die Ursachen der vielfältigen Krisen sind. Dazu gehört der Verkehr. Die Antworten auf die Fragen, wie Güterverkehr und menschliche Mobilität organisiert werden, wie eine demokratische Planung in globalisierter Regionalisierung von Produktions- und Reproduktionsprozessen gestaltet werden kann, welche Verkehrsmittel produziert werden und wie sich Lebensformen global entwickeln, sind sowohl für die Bearbeitung der Wirtschaftskrise als auch der Umweltkrise zentral. Dabei müssen wirtschafts- und verkehrspolitische Alternativen sowohl Lösungen für die Beschäftigten der Autoindustrie als auch für den ökologischen Umbau bereitstellen.

Sprechen werden bei der Konferenz unter anderem der Autor Winfried Wolf, der Mercedes-Betriebsrat Gerd Kupfer, der GDL-Sekretär Frank Schmidt, die Redakteurin Kirsten Huckenbeck, der Journalist Pit Wuhler, die Literaturwissenschaftlerin Brigitte Oehrlein, der Karmann-Betriebsrat Achim Bigus, die Ökonomin Judith Dellheim, der Sozialwissenschaftler Bernd Röttger, der ehemalige VW-Betriebsrat Stephan Krull, der Philosoph Michael Brie und viele Menschen aus betrieblichen, sozialen und verkehrspolitischen Initiativen.

Ort: Freizeitheim Linden, Windheimstraße 4, 30451 Hannover; Stadtbahn Linie 10, Haltestelle Ungerstraße

Tagungsflyer unter: www.nds.rosalux.de

Mit der „Wende in der Atompolitik“ und den „Sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien“ beschäftigt sich am Freitag, 17. 9. 2010, 10 bis 18 Uhr, eine Fachtagung, die von den Stiftungen von SPD und Bündnisgrünen getragen wird. Veranstaltungsort ist das Hannover Congress Centrum, Theodor-Heuss-Platz 1

Die Veranstalter wollen ein bundespolitisches Zeichen für eine nachhaltige Energiepolitik setzen. In verschiedenen Foren sollen Perspektiven für ökologische, soziale und gewerkschaftliche Rahmenbedingungen einer Energieversorgung mit erneuerbaren und alternativen Energien diskutiert werden. Den Eröffnungsvortrag zum Thema "Atomenergie und Klimawandel" hält Peter F. Bradford von Vermont Law School. Zum Thema "Nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung" referieren Wolfgang Rhode vom IGM-Vorstand und Erhard Ott vom ver.di-Bundesvorstand. An der Podiumsdiskussion "Brücken in die Zukunft bauen" werden teilnehmen: Hartmut Meine (IGM), Siegfried Sauer (ver.di), Rebecca Harms MdEP (Grüne), Dr. Matthias Miersch MdB (SPD) sowie Vertreterinnen und Vertreter der Anti-Atombewegung.

Drei Workshops sollen die notwendige Debatte über die Wende in der Atompolitik begleiten, die Themen sind "Industrielle Arbeitsbeziehungen gestalten", "Perspektiven der Energieversorgung" und "Endlagerprobleme und kein Ende".

Mehr Infos unter: www.slu-boell.de



Blick nach Links (1)

Für alle die, die im Sommer keine Zeit oder Gelegenheit hatten, mal aus dem Haus zu kommen und sich ein wenig in der Welt umzusehen:

<http://www.google.ru/intl/ru/landing/transsib/en.html>

Unter diesem Link kann man sich in die Transsibirische Eisenbahn setzen und auf der Fahrt von Moskau nach Wladiwostok aus dem Fenster kucken. Den Blick aus dem Fenster eines Waggons zeigt eine Kamera - 37 Streckenabschnitte stehen zur Auswahl - als Youtube-Filmchen, darunter ist eine google-Karte eingeblendet, auf der die Sehenswürdigkeiten der jeweiligen Gegend markiert werden können. Man kann gewissermaßen aussteigen, um die Umgebung genauer zu erkunden. Während der Fahrt spielt es wahlweise aus dem russischen Radio oder man lässt sich Leo Tolstois „Krieg und Frieden“ vorlesen (allerdings auf Russisch, was ich nicht verstehe. Ist aber dennoch gut für die Atmosphäre)

Mir hat es besonders der Streckenabschnitt „Hingansky Reserve“ angetan: runde 1100 km vor Wladiwostok einfach Gegend mit Birken, dazu das Geräusch der Räder auf den Schienen, perfekt zum Entspannen. Und in keinem Moment muss befürchtet werden, dass der Landtagsabgeordnete Adasch um die Ecke kuckt.



Mit rund 1600 Besucher_innen bei drei Veranstaltungen war das 8 ½ Sommer-Openair-Kino überraschend gut besucht und die Atmosphäre im Französischen Garten war auch so – „irgendwie französisch“.



Microphone Mafia & Esther Bejarano

Mit „Per La Vita“ in Celle

Es ist ein außergewöhnliches Projekt: Die Kölner Rapper der Microphone Mafia haben gemeinsam mit der Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano ein Album aufgenommen und treten seitdem immer mal wieder gemeinsam auf. Am 30. Oktober sind sie, eingeladen vom Forum gegen Rechtstextremismus und Gewalt, in Celle. Der Ort stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Wie soll dieser „Clash der Kulturen“ funktionieren, werden sich viele fragen? Esther Bejarano, eine der letzten Überlebenden des Mädchenorchesters von Auschwitz, ist seit rund 30 Jahren mit ihrer Familienband „Coincidence“ unterwegs – zu ihrem Programm gehören Lieder aus dem Ghetto und jüdische sowie antifaschistische Songs. Die Microphone Mafia ist eine der ältesten deutschen HipHop-Crews, die musikalisch für „oldschool“ steht und in ihrem Zugang zur sozialen und politischen Realität des Landes wenig zu hat mit den Sidos und Bushidos, die aktuell die „Aushängeschilder“ des deutschen Rap sind. MM engagiert sich seit eh und je in antifaschistischen und antirassistischen Zusammenhängen.

Die politische Nähe ist sicherlich die Grundvoraussetzung für das Gelingen des Projekts. Auf der musikalischen Ebene sind es die HipHopper, der den Groove diktieren. Und das mit Liedern aus dem Programm der Bejaranos: Es reicht von antifaschistischen Klassikern wie „Avanti Popolo“ und „Bella Ciao“ über Textvertonungen von Brecht, Hikmet, Theodorakis oder Vian bis hin zu bekannten jiddischen Liedern. Das Spannende liegt dann im Aufeinandertreffen der Beats und Raps von Rosario Pennino und Kutlu Yurtseven mit dem melancholisch-folkloristischen Gesang der Bejarano-Frauen.

Die CD hat den Titel „Per La Vita - Für das Leben“; einige Stücke gibt's bei Youtube.

Bundeswehr greift an

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie hat eine neue friedenspolitische Information für Bürgerinnen und Bürger mit dem Titel „Die Bundeswehr greift in Deutschland an“ veröffentlicht. Das 40-seitige A-6-Heftchen schildert die verschiedenen Formen und Wege der Einflussnahme der Bundeswehr insbesondere auf Jugendliche und junge Erwachsene. Bestellungen unter: www.grundrechtekomitee.de/node/355; oder als pdf gibt es die kleine Broschüre unter <http://www.grundrechtekomitee.de/sites/default/files/Frieden-BI-IN.pdf>

Zwischen allen Stühlen

Wolfgang Reinach, Jahrgang 1927, hat mit über 80 Jahren seine Erinnerungen niedergeschrieben. Er kam 1937 mit seinen Eltern und seiner Schwester Hannelore nach Celle. Der Vater, Ludwig Reinach, war ein evangelisch getaufter Jude und auch die Kinder sind evangelisch getauft worden. Nichtsdestotrotz galt er nach den „Nürnberger Gesetzen“ den Nationalsozialisten als Jude, und der promovierte Ingenieur verlor seine Stelle bei der Wuppertaler Stadtverwaltung. Nach Celle kam die Familie, weil Ludwig Reinach eine Stelle bei der Firma Berkefeld erhielt. Der Familie ging es in Celle anfangs recht gut, die wirtschaftliche Situation war komfortabel, auch das Verhältnis zu den Nachbarn war gut. Obwohl die Ehe von Ludwig und Irmgard Reinach als „privilegierte Mischehe“ galt, weil Ludwig Reinach „Frontkämpfer“ im Ersten Weltkrieg war, wurde auch diese „Mischlingsfamilie“ mit der Zeit zunehmend Ziel von Diskriminierung und Verfolgung. Berkefeld wurde zum „NS-Musterbetrieb“ und Ludwig Reinach wurde gekündigt. Er wurde dann vom Arbeitsamt in verschiedene Betriebe geschickt, bis er schließlich 1944 in ein Zwangsarbeitslager der „Organisation Todt“ eingewiesen wurde. Irmgard Reinach wurde unter Druck gesetzt, die Scheidung einzureichen, die Celler Gestapo kam häufig „zu Besuch“, die Kinder mussten die Schule verlassen. Die Reihe der Schikanen ließe sich fortsetzen, aber Wolfgang Reinach beschreibt auch zahlreiche Fälle von Zivilcourage: Beispielsweise brachen Nachbarn auch dann nicht den Kontakt ab, als sie selbst in Konflikt mit der Celler Gestapo zu geraten drohten, einige Lehrer gaben Hannelore und Wolfgang Privatunterricht nach deren Schulentlassung als „Mischlinge 1. Grades“ und der Inhaber der Firma Berkefeld war um Unterstützung bemüht.

Bei der vom Celler Stadtarchiv und der Gesellschaft für Christlich-jüdische Zusammenarbeit herausgegebenen Publikation handelt es sich um einen Augenzeugenbericht, der ohne jeden editorischen Kommentar auskommt. Allgemein kann ein solches Vorgehen, be-

sonders wenn zwischen Erlebnis und Niederschrift ein großer Zeitraum liegt, evtl. gewisse Einschränkungen mit sich bringen, dies relativiert sich aber, wenn wie hier der Verfasser sich dieses Umstandes bewusst ist und dies auch in seinem Vorwort thematisiert.

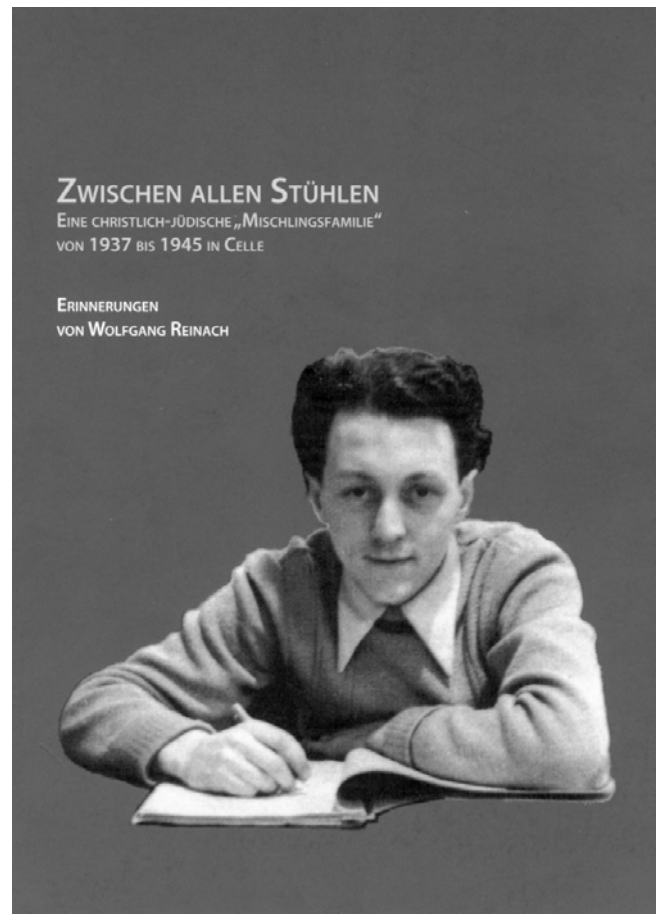
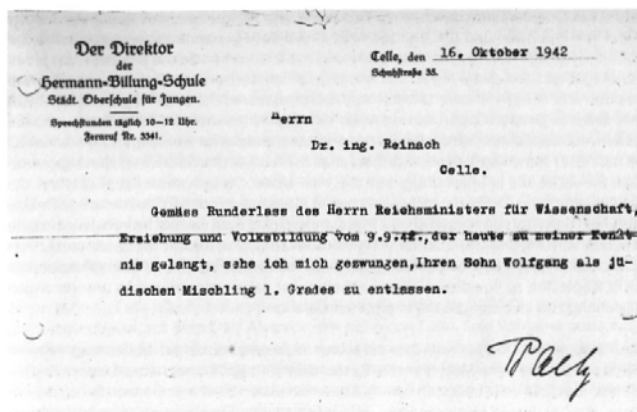
Letztlich ist die Auffassung der Herausgeber zu teilen: Wolfgang Reinach „hat über die Zeit in Celle von 1937 bis 1945 ein bewegendes Zeugnis abgelegt. Hier liegt ein exklusives Dokument vor, das ein wichtiger Beitrag zur Celler Stadtgeschichte während des Nationalsozialismus ist.“

Wolfgang Reinach wird sein Buch am 25. August, 19 Uhr, in der Celler Synagoge, Im Kreise 24, vorstellen.

Zwischen allen Stühlen. Eine christlich-jüdische „Mischlingsfamilie“ von 1937 bis 1945 in Celle. Erinnerungen von Wolfgang Reinach. Celle 2010 (= Kleine Schriften zur Celler Stadtgeschichte, Bd. 8). ISBN 978-3-925902-75-8.

Erhältlich für 8€ im Stadtarchiv Celle, der Celler Synagoge und im Buchhandel.

T.W.



Beat-Boxes und Soul-Fever

Revista: Du machst 3-4 Musiksendungen im Monat im UKW-Radio Leinehertz 106,5. Was ist das für ein Sender?

Stereopaul (STP): Der Sender ist ein Bürgerradio, d.h. unter der Aufsicht der Landesmedienanstalt haben alle Bürger die Möglichkeit, ein Programm zu gestalten und dieses dann über Leinehertz 106,5mhz zu senden. Leinehertz ist seit gut einem Jahr „on air“, die Frequenz ist die, auf der vormals „Radio Flora“ sein Programm ausstrahlte. Es kann quasi ein/e Jede/r Sendeplatz und -zeit beantragen bzw. sich auch um redaktionelle Mitarbeit bewerben. Dies gilt auch für einmalige Sendungen, sei es mit Schwerpunkt Musik oder Wort. Bei diesen offenen Sendeplätzen liegt die Verantwortung dann allerdings nicht beim Sender, sondern bei den Autoren_innen des Beitrags.

Revista: Wer trägt den Sender?

STP: Der Träger ist eine GmbH, bestehend aus fünf Gesellschaftern, die da wären: 1. Hannoversches Fernsehen H1, 2. Freiwilligenzentrum Hannover, 3. Lutherisches Verlagswerk, 4. Radio Neustadt (vormals co-op mit Radio Flora), 5. Verein Freies Bürgerradio Hannover. In Letztgenanntem sind viele der freiwilligen Radiomacher organisiert.



Revista: Wie sieht's mit den Inhalten Deiner Sendungen aus?

STP: Einmal im Monat bin ich mit meinem langjährigen DJ-Kollegen Peter Piper Turner mit der Soul-Sendung „Soul-Fever“ zu hören. Dieses Format gab es bisher schon zwei Jahre lang auf „Radio Flora“. Es

geht in diesem Programm um den Soul der 60er, den Funk der frühen 70er und - hier ist Peter der Experte - den Blues der 50er. Die einzelnen Sendungen werden jeweils unter ein Thema gestellt, wie z.B. anlässlich der Ölpest im Golf von Mexiko ein „Louisiana Special“ oder zum aktuellen Agententausch zwischen den USA und Russland ein „AgentenSpecial“. Auf diese Art versuchen wir, die ollen Kamellen in die Gegenwart einzubinden.

Eine weitere Sendung heißt „BeatBox“, die läuft immer am 1. + 3. Freitag im Monat ab Mitternacht. Hier spiele ich drei Stunden lang nur Neuerscheinungen: Es ist Musik zwischen den Genres, also kein HipHop, kein Dub, House oder Techno, weder Drum'n'Bass noch Lounge, aber von allem etwas, vorwiegend Sachen von Schallplatten aus der DJ-Szene, die in kleinen Auflagen erscheinen.

Die dritte Sendung ist die „Afro-BeatBox“. Sie findet fünfmal im Jahr statt. Auf dem seltensten Sendeplatz stelle ich die seltenste Musik aus Afrika vor, und zwar steht pro Sendung immer ein Land im Focus; dieses wird dann vorwiegend anhand der Musik aus den 70ern betrachtet.

Revista: Was wünschst Du Dir für die Zukunft Deiner Sendungen?

STP: Jede Menge interessierter Hörer_innen und mehr Mitstreiter_innen für dieses „Nischenmedium“ Radio. Vielleicht kann ich auch bewirken, dass sich die eine oder der andere für eine eigene Sendung bewirbt: Es gibt noch jede Menge freien Sendeplatz!

Revista: Wo kriegt man am besten weitere Informationen?

STP: Erstmal auf www.leinehertz.de, da gibt's auch ein monatliches Programm (pdf). Weiterhin auf www.soul-fever.de - sehr empfehlenswert, da ständig aktualisiert. Nicht zu vergessen: www.stereopaul.de, auf der auch die Tracklists meiner Beatboxes nachzusehen sind.

Revista: Vielen Dank für das Gespräch!





Kino 8 ½ im Sept./Okt.

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



27. und 30. August (!!!)

MIN DÎT

die Kinder von Diyarbakir

Nach der Ermordung ihrer Eltern durch Angehörige einer paramilitärischen Spezialeinheit müssen sich eine Zehnjährige und ihr kleiner Bruder alleine durch ihre Heimatstadt Diyarbakir schlagen. Eine minimalistisch inszenierte, atmosphärisch dichte Studie, die von überzeugend geführten minderjährigen Laiendarstellern getragen wird und auf die Notwendigkeit der Vergangenheitbewältigung verweist.

DER REGISSEUR MIRAZ BEZAR IST AM 27.8. ANWESEND!

Deutschland/Türkei 2009, 102 Minuten (OmU)

03. und 04. September

MENSCH KOTSCHIE

Ein gutsituierter Bauleiter und Familienvater schlittert in eine Midlifecrisis und erinnert sich prompt an eine frühere Geliebte. Satirische Komödie, die überzeugende Erzählmittel für das Gefühl umfassender Entfremdung findet und einen emotionalen Ausnahmezustand präzise in Bilder fasst, die über Raumpoetik und Farbdramaturgie die Erlebniswelt des Helden transparent machen.

Deutschland 2009, 86 Minuten

10. und 11. September

MOON

Ein Astronaut, der allein eine vollautomatisierte Tagebau-Anlage auf dem Mond betreut, beginnt, sich gegen die Anweisungen seiner Firma und des Bordcomputers zu wehren. Dabei entdeckt er, dass er doch nicht ganz alleine ist, als er einem merkwürdigen Doppelgänger begegnet. Kammerspielartiges Science-Fiction-Drama, das mit Referenzen an Klassiker eine spannungreiche Assoziationskette um Frage nach Einzigartigkeit und Originalität in Gang setzt, ohne jedoch die philosophischen Tiefendimensionen der Vorbilder anzustreben. Ein ruhig erzählter, vor allem formal überzeugender Genre-film.

Großbritannien 2009, 97 Minuten

17. und 18. September

LOURDES

Eine an Multipler Sklerose erkrankte junge Frau erlebt bei einer Pilgerreise mit einer von Maltesern betreuten Gruppe in Lourdes am eigenen Leib eine "Wunderheilung". Diese provoziert bei ihr wie auch bei ihren Mitreisenden widersprüchliche Gefühle. Der streng komponierte Film fängt mit distanzierendem Blick das Treiben am Wallfahrtsort Lourdes und die Dynamik innerhalb der Pilgergruppe ein. Dabei scheinen satirische Spitzen angesichts der ritualisierten und kommerzialisierten Religionsausübung auf, ohne dass die Ernsthaftigkeit der Sinn- und Heilssuche der Gläubigen diskreditiert würde. (Kinotipp der katholischen Filmkritik)

Österreich 2009, 90 Minuten

24. und 25. September

MICMACS – Und gehört Paris

Ein Pariser Videothekar wird von einer verirrten Kugel in den Kopf getroffen. Er findet Zuflucht bei einer Gruppe wunderlicher Außenseiter auf einem Schrottplatz, wobei ihn die Mitglieder dieser bizarren Patchwork-Familie dabei unterstützen, es den Urhebern seiner Misere heimzuzahlen. Das retrofuturistisch angehauchte Drama entwirft eine Welt voller magischer Dinge, um von der Liebe zu erzählen.

Frankreich 2009, 104 Minuten

01. und 02. Oktober

KLEINE WUNDER IN ATHEN

Ein Kioskbetreiber in Athen sitzt tagein, tagaus mit drei Freunden vor seinem Laden und schlägt die Zeit tot. Als seine betagte Mutter in einem albanischen Arbeiter ihren verlorenen Sohn zu erkennen glaubt, gerät die melancholische Existenz des Händlers in Schieflage. Mal ironisch, mal bitter-süß erzählt die lakonische Komödie von der Selbstfindung eines sympathischen Verlierers. Dabei spießt sie Patriotismus und Xenophobie auf und verhandelt nebenbei auch die Ursachen einer dysfunktionalen Ökonomie.

Griechenland 2009, 107 Minuten

08. und 13. Oktober (!!!)

THE AGE OF STUPID

Im Jahr 2055 sieht es auf der Erde wenig rosig aus. London steht unter Wasser, Las Vegas wurde vom Wüstensand verschluckt, die Arktis ist fast komplett geschmolzen. Sieht so der Normalzustand in 50 Jahren aus, wenn wir jetzt nicht aktiv gegen den Klimawandel werden? Ein Archivar hat die wichtigsten Zeitdokumente in einem Turm hoch über dem Meer gesammelt und blickt verständnislos für den Raubbau seiner Vorväter auf die Jetztzeit zurück. Die Menschheit hätte sich selbst retten können, wenn sie nur rechtzeitig etwas gegen die Erderwärmung getan hätte.

Großbritannien, 90 Minuten

Politische Termine in und um Celle

Mi., 01. September, 19.00

Zeitzeugengespräch mit Salomon Finkelstein

Salomon Finkelstein überlebte das Ghetto Litzmannstadt, Arbeitskommandos in Pinow, Finkenheer und Fürstenberg und die Konzentrationslager Auschwitz, Mittelbau-Dora sowie Ravensbrück. Erst Ende der 1970er Jahre fand er seine bis dahin tot geglaubten Brüder wieder – in Israel und auf der Krim.

Ort: Synagoge Celle, Im Kreise 24

Mi., 08. September, 19.00

The Iron Wall

In seinem Film „Die Eiserne Mauer“ schildert der Regisseur Mohammed Alatar aus palästinensischer Sicht die Entwicklungsgeschichte des israelischen Siedlungsprogramms in den besetzten Gebieten und die Auswirkungen der „Trennungsmauer“. Im Film kommen Israel_innen und Palästinenser_innen zur Wort und Zusammenhänge werden in ihrer historischen Dimension deutlich. Verant.: VVN/BdA

Kino 8 ½, Gelände CD-Kaserne

Di., 14. September, 20.00

„Der große Bluff – die falschen Versprechen der Atompolitik“ – sowie Infos zur Berlin-Demo; Verant.: Forum gegen Atomenergie

Kino 8 ½, Gelände CD-Kaserne

Di., 28. September, 20.00

Das Geheimnis des Bienensterbens

Ein Drittel der menschlichen Nahrung hängt heute unmittelbar von der Biene ab, dem wichtigsten Bestäuber von Pflanzen. Doch seit mehreren Jahren sterben weltweit Milliarden von Bienen ohne sichtbaren Grund. Bislang konnte kein Krankheitserreger als Ursache des Massensterbens ausfindig gemacht werden. Der Dokumentarfilm von Mark Daniels fragt nach, was die Forscher in den vergangenen vier Jahren in Erfahrung gebracht haben und ob sie inzwischen Lösungen anbieten können. Verant.: attac

Kino 8 ½, Gelände CD-Kaserne

Di., 07. Oktober, 19.30

„Tatort Arbeitsplatz“ – eine Info-Veranstaltungsreihe von ver.di

Thema: „Keine Angst vor großen Tieren“ – Schwierige Gespräche und was man/frau lieber nicht sagen sollte

DAA, Spörckenstraße 63

Fr., 08. Oktober, 19.30

Regine Seidler liest ...

... Rosa Luxemburg

„Ein weiterer Höhepunkt war die Präsentation von Briefen Rosa Luxemburgs und Stationen ihres Lebens mit Klaviermusik von Ludwig van Beethoven. Die Berliner SchauspielerIn Regine Seidler fesselte die ZuschauerInnen mit ihrer Darstellung von Rosa Luxemburg als scharfsinnig, einfühlsam und verletzlich – aber auch widersprüchlich und bis ins Ungerechte unerbittlich.“ (RO-SALUX, 01/2010)

Regine Seidler ist seit 1998 am Berliner GRIPS Theater; geboren in Leipzig und aufgewachsen in Ost-Berlin hat sie 1994 an der Hochschule für Film und Fernsehen Potsdam-Babelsberg ihr Schauspielstudium abgeschlossen. Seitdem war sie an unterschiedlichen Theatern engagiert, so in Berlin, Baden-Baden, Neustrelitz und Rostock. Im GRIPS-Theater ist sie die Hauptdarstellerin in dem Stück „ROSA“ über die Luxemburg. Zusätzlich hatte sie diverse Film- und TV-Engagements, unter anderem von 2006-2008 in der RTL-Serie „Alles was zählt“ (die Rolle der Nadja Roschinski).

Verant.: Rosa Luxemburg Club und der Rosa Luxemburg Stiftung.

Kunst & Bühne, 5,00

Di., 12. Oktober, 20.00

„Spazierender Sicherheitscheck“

Vorstellung einer Aktion zum Castortransport; Referent: Bernd Ebeling, BI Uelzen; Veranstalter: Forum gegen Atomenergie

Buntes Haus, Hann. Str. 30 f.

Redaktionsschluss für die revista Nr. 51 am Fr., den 15. Oktober.



05.09.2010, 11.00

„Die Akte B.“ – Alois Brunner, die Geschichte eines Massenmörders

Dokumentarfilm von Georg M. Hafner und Esther Schapira, anschließend Gespräch mit den Filmemachern

Der ARD-Dokumentarfilm fand international große Beachtung: Als engster Mitarbeiter von Adolf Eichmann in der Zentralstelle für jüdische Auswanderung schickte Brunner zwischen 1939 bis 1945 über 120.000 Menschen in den Tod. Nach dem Krieg gelang es ihm, unterzutauchen und sich nach Syrien abzusetzen. In Frankreich wurde er zwei Mal in Abwesenheit zum Tode verurteilt, Mitte der 1980er Jahre wurde er vor der UN-Vollversammlung angeklagt, ansonsten lebte Brunner unbehelligt.

Sonntag, 12.09.2010, 14.00

Die Entstehung der Gedenkstätte Bergen-Belsen

Rundgang mit Martina Staats über das Gelände des ehemaligen Lagers

Donnerstag, 07.10.2010, 10.00

Lernen aus der Geschichte – aber wie? Gedenkstättenarbeit und Gegenwartsbezug, Menschenrechtsbildung und gegenwartsbezogene Gedenkstättenpädagogik Fortbildungsreihe zu Grundlagen, Methoden und Praxis (mit Zertifikat)

Kunst & Kultur

Fr., 03. September, 21.00

Torsten Zwingenberger's "TEASY Swing Out Best"

Hof Wietfeldt, Bennebostel

VVK: 20,00 (Tee-Kanzlei)

Fr., 10. September, 21.00

Lotto King Karl & Die Barmbek Dream Boys

Lobetel Open-Air, Festwiese

Einlass: 17.00, Showtime: 19.30

VVK: 10,00 / AK 12,00

Fr., 10. September, 21.00

Freedom Party

Bachmann, Altbierbowle und Indie, Rock & Alternative (– und leider immer wieder auch Landrat Wiswe)

CD-Kaserne, AK 3,00

Fr., 10. September, 21.00

Horizons

Blues-Abend der neuen Jazz-Initiative mit der Band von Uli Wissmann

Kunst & Bühne, AK 10,00

Do., 16. September, 19.00

Arno Schmidt. Eberhard Schlotter: Das zweite Programm

Hermann Wiedenroth liest zehn Szenen von Arno Schmidt zu einem Gemälde von Eberhard Schlotter

Bomann-Museum

Fr., 17. September, 18.00

C.R.I – Birtzhday Bash

Die Celler Rockmusik Initiative feiert ihren 30. Geburtstag und das umsonst & drinnen mit vielen Celler Bands & einem Überraschungsgast.

CD-Kaserne, Eintritt frei

Fr., 17. September, 19.00

"John Lennon - in my own write" // NDR Big Band mit Colin Towns

Colin Towns hat ein Konzertprogramm für die NDR Bigband geschrieben mit und nach den All-time-Bestseller-Melodien von John Lennon.

Alte Exerzierhalle, AK 15,00

So., 19. September, 19.00

Caveman – "Du sammeln, ich jagen"

Theaterstück: „Von seiner Frau vor die Tür gesetzt, philosophiert Tom, der Held im Beziehungsdickicht, über den kleinen Unterschied und seine großen alltäglichen Folgen. Als männliche Logik und begrenzte Phantasie ihn schnell an seine Grenzen stoßen lassen, erscheint ihm sein Urahn aus der Steinzeit und lässt ihn an Jahrtausende alter Weisheit teilhaben: Männer sind Jäger und Frauen sind Sammlerinnen. ...“
Regie: Esther Schweins

CD-Kaserne, AK 25,00 / VVK 20,90

Fr., 24. September, 20.00

Open Stage der CRI

CD-Kaserne, CRI-Räume

Sa., 25. September, 21.00

Doors of Perception

Tribute Band aus Berlin.

CD-Kaserne, AK 13,00 / VVK 11,90

Fr., 01. Oktober, 19.00

Session der Jazz-Initiative Cella

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Di., 26. Oktober, 20.00

Hagen Rether

... mit seinem Programm „Liebe“. Rether ist (aus unserer Sicher) einer der wenigen Kabarettisten, die etwas zu sagen haben.

CD-Kaserne, AK 30,00 / VVK 25,40



Ständige Termine

Arbeitskreis "Eine Welt"

jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstraße 29)

Weltladen Öffnungszeiten:

Mo - Fr: 10-17, Sa: 10 -14 Uhr

AK Ausländer

jeden 3. Mo. im Monat, 18.00 Uhr
Urbanus-Rhegius-Haus, Fritzenwiese

sic! - sozial in cello

Erwerbslosenberatung

Je. Do. 14.30 - 17.00 Uhr

Neustadt 23

Attac-Plenum

Jeden. 1. und 3. Di. im Monat
20.00 Uhr in der Deutschen Angestellten Akademie, Spörckenstr. 63

Forum gegen Atomenergie

Je. 2. Di. im Monat, 20.00 Uhr
– Buntes Haus

... im Bunten Haus:

Hannoversche Str 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Plenum

jeden Do., 19 Uhr

Info-Café:

je. 1. + 3. Mi. im Mo., 19 Uhr

Archiv

jeden Do., 17-19 Uhr

inhaltliches Hausplenum

je. 2. + 4. Mi., 19 Uhr

Volxküche

jeden So., 18 Uhr

Kneipe

jeden Mo. 20 Uhr

Infoladen

jeden Mo. 19-21 Uhr